daß das Leben in Deutschland dreimal so teuer ist als in Frankreich. Wenn diese Situation lange andauert, werden die deutschen Fabrikanten außerstande sein, im Auslande etwas zu verkaufen. Aber die Bevölkerung, dem neuen Wertmaßstab folgend, scheint sich nicht Rechenschaft über den „kolossalen" Reichtum an Lebensmitteln aller Art zu geben. Voller Vertrauen in den „Dollar-Ersatz", den die Rentenbank ihr bis jetzt mit weiser Sparsamkeit zugeteilt hat, glaubt sie sich aus allem Unglück errettet und bereit, neuen Schicksalen entgegenzugehen.

Ist dieses Vertrauen gerechtfertigt? Wenn man als Oekonomist urteilt, kann man nur mit der Verneinung antworten. In der Tat, es gibt kein Atom Gold in dieser Simili-Goldmark, die auf den Dollar selbst einen Druck ausübt und die gegen fünf von unseren Franken gewechselt wird. Kein Kassenvorrat an Metall garantiert die 2400 Millionen Rentenmark, die heute im deutschen Reichsgebiet zirkulieren. Welchen Wert kann eine Münze haben, deren Deckung im Unterpfand ausmacht, welches nicht besonders angegeben, nicht umsetzbar, nicht greifbar ist, auf das Ganze des deutschen Privateigentums?

Welchen Kredit kann man auf eine Note gründen, deren Deckung sogar nicht einmal ein Prozent erreicht da ja kaum acht Millionen Goldmark in Rentenzertifikaten oder Rentenbriefen vorausbezahlt sind, das sind hypothekarische Titel, welche das Gegenbuch der Ausgabe liefern sollen.

Augenblicklich wird die Rentenmark zu einer festen Taxe gegen Papiermark oder Goldanleihebeschnitte des Reichs umgewechselt. Die Papiermark ist stabilisiert; auf wie lange? Es ist wohl erlaubt, ernsthafte Zweifel zu hegen an der Zukunft dieser beiden Münzen, deren Schicksal in Zukunft miteinander verbunden ist, da man weiß, daß die von der „Rentenbank" dem Staat einerseits, der Reichsbank anderseits gewährten Vorschüsse schon erschöpft sind und daß das Reich auf Rentenmark ausgefertigte Schatzscheine ausgibt. Die Inflation lauert der Rentenmark auf. Und ihre „Manager" wissen es so gut, daß sie in Eile die Ausgabe einer wirklich gesicherten Goldhandelsmünze vorbereiten.

Aber die menschliche Leichtgläubigkeit ist grenzenlos. Geschickte Illusionsmacher haben ein ganzes Volk die Idee erfassen lassen, daß dieses künstliche und neugemachte Geld soviel wie Gold gilt. Was braucht man mehr? Dieser Bluff ist gelungen, das Wunder ist vollbracht. Seine Wirkungen sind da, vor unseren Augen das Werk der wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung, für welches die Reparationskommission die Sorge der Vorbereitungen den internationalen Sachverständigen anvertraute, schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Hüten wir uns, die wohltätige Illusion zu zerstören, deren Gimpel Deutschland ist: da es ja doch von dieser Illusion lebt, da ja doch das Terrain für eine ernsthafte Geldreform vorbereitet ist, können wir aus diesen Umständen den besten Vorteil für unsere Interessen ziehen.

Lenins Tod — ein Irrtum der Natur

Da ja in Deutschland die KP. verboten ist, (leider), und ihre erscheinenden Zeitungen man knapp sind, konnte wohl in der deutschen Sektion nicht die volle Würdigung des großen Toten Lenin vor sich gehen: desto mehr scheint dies in Frankreich geschehen zu sein. Mit Ekel muß sich jeder aufrechte und klassenbewußte Arbeiter von diesem schleimigen Erguß abwenden, daß die „L'Humanité brachte und wir folgend wiedergeben.

Adieu, Illitch! Adieu, Chef!

„L'Humanité", 25. Januar 1924.

Lenin ist nicht mehr. Lenin ist geschieden. Die dunkeln Gewalten, die die Tätigkeit der Lebensschiffe regieren, haben dieses Leben unterbrochen. Die Medizin ist ohnmächtig gewesen, das zu tun, was Millionen menschlicher Herzen leidenschaftlich von ihr erwarteten, von ihr forderten. Wie viele Tage hätten ihr erwarteten, von ihr forderten, Wie viele Tage hätten ihr eigenes Blut ohne Zögern bis zum letzten Tropfen hingegeben haben, um die Blutzirkulation des großen Lenin, von Illitch, den einzigen Führer ohnegleichen, wieder zu beleben. Aber das Wunder kann dort auch nichts hervorbringen, wo die Wissenschaft nichts kann.

Lenin ist nicht mehr. Diese Worte stürzen sich auf unser Bewußtsein, wie ein gigantischer Felsen ins Meer. Wie es glauben? Wie es aufnehmen? . . . Das Bewußtsein der Arbeiter der ganzen Welt wird sich weigern, diese Tatsache anzuerkennen, denn die Feinde sind mächtig und furchtbar, der zu durchlaufende Weg ist lang und beschwerlich, das ungeheure Werk, das größte, welches die Geschichte je verzeichnet hat, ist noch nicht vollendet.

Lenin ist den Arbeiterklassen der ganzen Welt so notwendig, wie vielleicht niemals in der Menschheitsgeschichte ein Mensch notwendig gewesen ist.

Die zweite Phase seiner Krankheit, schwerer als die erste, dauerte schon zehn Monate.

Gemäß des von den Aerzten gebrauchten bitteren Ausdrucks „spielten" die Kreislauforgane die ganze Zeit. Furchtbares Spiel mit dem Leben Illitchs als Einsatz. Man konnte eine Besserung erwarten, sogar eine vollständige Wiederherstellung seiner Gesundheit, ebenso wie auch eine Katastrophe. Alle erwarteten wir die Heilung: die Katastrophe ist unerwartet gekommen.

Das Nervenzentrum, Atmungsregler, verweigerte, länger zu dienen und löschte die Fackel dieses genialen Denkers aus.

Und nun! Illitch ist nicht mehr! Die Partei ist Waise. Waise die Arbeiterklasse. Dieses fühlt man vor allem, da man den Tod desenigen erfährt, der Meister und Führer war. Wie werden wir auf unserem Wege vorwärts kommen, Kameraden? Werden wir uns nicht verirren, jetzt da Lenin nicht mehr ist?

Der Leninismus besteht fort. Lenin ist unsterblich durch seine Lehre, seine Arbeit, seine Methode, sein Beispiel, die in uns leben, die in der Partei leben, die er geschaffen hat, in dem ersten Arbeiterstaat, dessen Kopf, dessen Steuermann er war.

Unser Schmerz ist unermeßlich wie unser Verlust, aber sagen wir der Geschichte Dank, die uns hat als Zeitgenossen Lenins geboren werden, die uns erlaubt hat, an seiner Seite zu arbeiten und seine Schüler zu sein.

Unsere Partei ist der Leninismus in der Tat, unsere Partei ist der Kollektivführer der Arbeiter: Jeder von uns ist eine Zelle Lenins. Wie werden wir auf unserem Weg vorwärts kommen? Mit dem Licht des Leninismus in den Händen. Werden wir den richtigen Weg finden? Mit dem Kollektivdenken, mit dem Kollektivwillen werden wir ihn finden.

Morgen, übermorgen, in einer Woche und noch in einem Monat werden wir uns sagen: „Es ist unmöglich, daß Lenin nicht mehr ist". Ja, sein Tod wird uns noch lange Zeit unglaublich, unfaßbar erscheinen, als willkürliches und unverzeihlicher Irrtum der Natur. Die Wunde wird sich beim Gedenken der großen Verschiedenen bei jedem von uns wieder öffnen und uns Beständig an unsere doppelte Verantwortlichkeit erinnern; seien wir dessen würdig, der uns unterwiesen hat. Festigen wir in unserer Trauer unsere Reihen und unsere Herzen zu neuen Kämpfen.

Kameraden! Brüder! Lenin ist nicht mehr bei uns.

Adieu, Illitch! Adieu, Chef!

England

Der englische Dockarbeiterstreik

Aus London wird gemeldet:

Die Lohnbewegung im Dockarbeiterstreik nimmt ernste Formen an, da der Streik bei den anderen Gewerkschaften Unterstützung findet. So ist durch die Haltung der Eisenbahner die gesamte Zufuhr aus dem Hafen Grimsby unterbrochen, der einen erheblichen Teil des Landes mit Fischen versorgt.

Aus den Meldungen der Abendblätter geht hervor, daß das Kabinettsmitglied Oberst Wedgwood zum Kontrolleur der gesamten Nahrungsmittelversorgung ernannt worden ist. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission beginnt ihre Arbeiten morgen. Große Hoffnungen für die Beilegung des Konfliktes werden jedoch auf die heute abend stattfindende Sitzung des Generalrates der Gewerkschaften gesetzt. In Hull, Liverpool und einigen anderen Orten kam es zu Zwischenfällen. In einer Londoner Vorstadt wurde ein Transport von Gefrierfleisch von den Streikenden aufgehalten und der Inhalt auf die Straße geworfen.

•

Arbeiterregierung und Erwerbslosigkeit

Folgende Einzelheiten aus einer Unterredung einer Arbeitslosendeputation mit dem gelegentlich eines Bruchs in Edinburg weilenden Premierminister Ramsey MacDonald, die das kommunistische Gewerkschaftsblatt „The Worker" (Der Arbeiter) mitteilt, werfen ein Schlaglicht auf die hinter der „königlichen Arbeiterregierung" stehenden Kräfte.

„Um mit MacDonald eigenen Worten zu reden, „lüftete er den Vorhang" seiner Regierungstätigkeit, wenn auch sein Privatsekretär rasch wieder herunterfiel, indem er der Presse eine Meldung über den nur informatorischen, unverbindlichen Charakter dieser Unteredung zugehen ließ. Aber die Tatsachen bleiben trotz dieser Vorsichtsmaßregel bestehen.

Im Laufe dieser kurzen Besprechung im Beisein der Abordnung der Arbeitslosen wurden hauptsächlich die Schwierigkeiten erörtert. Die Aufdeckung dieser war gleichzeitig die Enthüllung der menschewistischen Geistesverfassung des Premierministers und Arbeiterführers. Ausgehend von der Erbmarkgenossenschaft, welche sie von der zurückgetretenen Regierung übernommen hatten, erklärte er ausdrücklich, daß der Stand der Staatsfinanzen mindestens für sechs Monate hindurch weder in Einnahme noch Ausgaben die geringste Abänderung erlaubte. Das bedeutete, daß finanzielle Unterstützungsmaßnahmen (für Erwerbslose?) in nächster Zeit nicht in Aussicht genommen werden könnten. Die Möglichkeit einer finanziellen Panik sei also ein Faktor, der in Rechnung gestellt werden müsse. Die Londoner City (Geschäftswelt) war am Vorabend des Amtsantritts der Arbeiterregierung in großer Aufregung gewesen. Jene Angst und Besorgnis ist seitdem gewichen, aber irgend eine falsche Maßnahme (Kapitalabgabe?) würde sie wieder neu beleben. Die Konsequenz einer derartigen falschen Maßnahme und die Krisis, die sie bringt, würde Härten für das Volk und Unordnung im Lande verursachen. Für die nächste Zukunft sei eine gute Verwaltung notwendig, um das Vertrauen der Finanzgruppen zu gewinnen und die Stabilität (der kapitalistischen Wirtschaft) zu sichern. Nur durch geregelte Verwaltung würde der Weg zu einer geordneten Gesetzgebung gebahnt werden. Es wäre ein Glück, daß die Labour Party (Arbeiterpartei) jetzt noch keine Mehrheit besäße; weil sie durch ihre Unfähigkeit dank ihrer Minderheitsstellung Gesetze außer in unbedeutenden Punkten nicht machen könne, würden sie jetzt die günstige Gelegenheit haben, sich darauf zu beschränken, für eine gewisse Zeit Erfahrungen in den Verwaltungssachen zu sammeln.

Schließlich bemerkte MacDonald, daß die dem Parlament gegenüber zu vertretende Politik die Einführung der Alters-Versicherung (Alterspensionen) und die Anerkennung Sowjetrußlands für die Arbeiter so gut wie nichts bedeuten würde. Er (Macdonald) könnte nicht handeln, wie er wollte und große Veränderungen (für die Arbeiterschaft) durch seine augenblickliche Machtstellung herbeiführen. **Er stehe nicht über den (bürgerlichen) Gesetzen, sondern diese über ihn."**

Damit waren die Arbeitslosen um eine Enttäuschung reicher geworden.

Rußland

Das revolutionäre Proletariat hat alles weniger als pazifistisch zu sein. Doch notwendig ist es, daß es von allen Dingen, die die Bourgeoisie unternimmt, Kenntnis hat, damit es nicht immer wieder den Verhältnissen unwissend gegenüber steht. Angesichts des wieder heftiger werdenden Geschreis über Abrüstung und Völkerbund nebst Völkerversöhnung, alles will den Frieden ist folgende Meldung nicht ohne Interesse und wird jedenfalls auch ihre Wirkung auf England „Arbeiterregierung" nicht verfehlen, die alles andere als pazifistisches Programm hat; da dieses ja überhaupt im Kapitalismus Blödsinn ist. Uebrigens paßt doch Kahrs Einwurf über das einjährige Arbeitspflichtjahr so ziemlich in diesen Rahmen hinein; denn daß nur gearbeitet wird in diesem neuen Jahr glaubt wohl niemand.

Die deutsche Aviatik in Rußland

„La France militaire", 8. Februar 1924.

Zu den Ländern, wo die Handelsluftschiffahrt am meisten Ursache hat, sich vorteilhaft zu entwickeln, kann man Rußland zählen, wegen der bedeutenden Entfernungen, die dort zu durchlaufen sind, wegen des Mangels an Landstraßen und Schienenwegen. Die russische Industrie, in ihrer gegenwärtigen Desorganisation nimmt wenig Teil an einem Aufschwung der Luftschiffahrt, welcher zugleich Kapitalien, Methode und sehr geschickte Handarbeit erfordert; aber das Land, infolge des Mangels an Gebirgen und mit seinen großen Ebenen, bietet keine materiellen Hindernisse, und Rußland besitzt in seinem eigenen Gebiet Hilfsmittel aller notwendigen Gattungen.

Es ist also logisch, daß sich die Handelsluftschiffahrt in Rußland entwickelt und kein Geringerer als Deutschland, daß die Betriebe, die Techniker und die Piloten besitzt, sowie die in dieses Gebiet hineinzuarbeiten, um dort Geschäfte zu machen und gleichzeitig Handelsflüge zu unternehmen, um das Vertrauen Lufttouren von großer Tragfähigkeit mit großem Aktionsradius, die ihm im Kriegsfalle seine Bombardementsgeschwader liefern würde und die Piloten, um sie zu führen; tiefgehende Kenntnis bestimmter Landeplätze, die Deutschland interessieren könnten; sichere Verbindung mit einem neutralen Rußland oder überdies verbündet mit Polen und den baltischen Ländern.

Tatsächlich sind die nationalrussischen Anstrengungen in bezug auf die Luftschiffahrt gleich null. Die Debroiet (freiwillige Luftfahrtgesellschaft) besaß am letzten 10. August nur Marke. Das hindert sie nicht, von jetzt an wieder Luftfahrtlinien unter Mitwirkung deutscher Apparate und Gesellschaften auszubauen.

Moskau-Königsberg, russisch-deutsche Gesellschaft Derguluft, Apparate „Fokker", verbindet sich mit deutschen Linien.

Petrograd-Königsberg, deutsche Gesellschaft und die gleichen Apparate, verbindet sich gleichermaßen mit den deutschen Linien.

Moskau—Charkow—Tiflis, deutsche Gesellschaft „Junker" mit eigenen Apparaten.

Moskau—Nishni-Nowgorod, russische Gesellschaft „Dobrolet", Apparate „Junker".

Die russische Regierung hat außerdem das folgende Programm der Luftfahrtlinien genehmigt (Iswestija vom 25. Okt.):

1923: Linie Charkow—Odessa.
1924: die Linien:
a) Moskau—Petrograd, die über Königsberg und die Westgrenze fortgesetzt wird;
b) Tiflis—Südgrenze, dadurch eine schon bestehende Linie verlängernd;
c) Nishni—Nowgorod—Kasan, eine bestehende Linie verlängernd;
d) Tiflis—Baku;
e) Taschkent—Vierny;
f) Buchara—Douchambé;
g) Chiva—Buchara;
1925: die Linien:
a) Kasan—Satow;
b) Charkow-Kiew;
c) Irkutsk—Verknundinsk—Urag;
1926, die Linien:
a) Wladiwostock—Chabarowsk;
b) Saratow—Astrachan.

Dann werden wichtige Richtungen in Zentral-Asien gemeinschaftlich sein, nach der Mongolei und nach dem äußersten Osten.

Wir raten unsern englischen Freunden, nachzudenken über diesen Auschwung deutscher Luftschiffahrt auf russischem Gebiet und über die Folgen, die sich daraus für die englische Diplomatie in Asien ergeben können.

Besonders die Linien von Turkestan könne ein sehr anziehender Köder für das Verhältnis mit Afghanistan sein, dem zugleich schnelle und nicht der indischen Kontrolle unterworfene Verbindungen gegeben werden könnten. Sie werden noch mehr darüber nachdenken und mit mehr Erfolg, wenn sie sich der deutschen Intriguen während des großen Krieges in Afghanistan erinnern wollten; Intriguen, die glücklicherweise überall mißlungen sind.

Spanien

Die Arbeiterschaft unter der Diktatur des Generals Primo Rivera

Die Diktatur des Generals Primo Rivera über Spanien beweist, daß trotz Unterdrückung der Arbeiterorganisation, diese in einer unterirdischen Form weiterleben. Die größte und radikalste Arbeiterorganisation in Spanien ist die Confederacion Nacional del Trabajo (Nationaler Arbeiterverband). Sie ist von berühmten Anarchisten geleitet worden und war in ihrem Charakter anarcho-syndikalistisch. Als der „neue Mussolini" zur Macht gelangte, verwandelten sich diese Führer zur Ueberraschung aller in „Gelbe", beriefen schnellstens eine Sitzung des Hauptvollzugsausschusses der CNT. und beschlossen, die gesamte Organisation und alle ihre einzelnen Fachverbände sowie Industrieunionen aufzulösen. Dies würde die Zerrüttung und Zerschlagung einer Organisation von über 1 Million Arbeitern bedeutet haben. Ferner beschlossen sie das Erscheinen der einflußreichen Zeitung der CNT.: „Solidaridad Obraro" (Arbeiter-Solidarität) einzustellen.

In dieser Krise bewährten die Mitglieder der CNT. ihren guten revolutionären Ruf und Mut.

Anstatt sich aufzulösen und auseinanderzulaufen, wie es ihnen ihre „Führer" befohlen hatten, blieben die vier größten Gewerkschaften, die der Transport-, der Textil- und der Bauarbeiter auf ihren Posten, weigerten sich den Befehl des Vollzugsausschusses anzuerkennen und schritten dazu, sich eine neue Leitung zu wählen. Jetzt besteht die so reorganisierte CNT. weiter, „Solidarität Obraro" erscheint wie gewöhnlich, nur die anarcho-syndikalistischen Führer sind selbst mit starken nationalistischen und kapitalistischen „Faschismus" der Mittelklassen wie Mussolini in Italien, sonndern auf ein rebellierendes Heer, besonders auf den in Spanien als eigenen Fachverband der Heeresoffiziere bestehenden Offiziersbund. Dieses Heer hat ihn nicht immer ganz unterstützt und wird jetzt immer täglich unzuverlässiger. Eine tätige unterdrückende Taktik gegen die Arbeiterverbände, in der Art, wie sie Mussolini ausübt, ist für Primo Rivera in seiner gegenwärtigen geschwächten Lage nicht leicht angebracht.

Es wird daher der Versuch gemacht, so etwas wie die Faschisten aufzubauen. Die Regierung schickt ihre Offiziere in alle Teile des Landes umher, um die unter dem Namen „Somatenes" bekanten ehemaligen Landsrotten (Bürgerwehr) wieder ins Leben zu rufen. Diese Somatenes waren in früheren Zeiten im Mittelalter ein Art Bürgermiliz, die die Seeräuber, die aufständischen Bauern und die Straßenräuber bekämpften. In jeder Stadt besaßen sie eine Organisation und wurden durch Läuten der Kirchenglocken zusammenberufen. In ihrer jetzigen Aufachung werden sie von der Regierung ausgebildet und bewaffnet. Sie bestehen aus Berufsständen (Handwerkern), Geschäftsleuten und Kleinbauern und sollen die neue Kraftquelle für die militärische Diktatur Primo Riveras bilden.

Amerika

Zur Lösung der Nationalitäten und Rassenprobleme in den Vereinigten Staaten haben die Neger den ersten Schritt vorwärts getan. Aus den Bemühungen der American Federation of Labor mit Gewalt ferngehalten, schufen sich die Neger unter den Zwang ihrer Lage eigene Organisationen, die meist religiöser oder politisch parlamentarischer Natur waren und ihre Ansprüche als Klasse geltend machten, so zeigte sich auch gleich, daß die Regierung des Proletariats nur Schein war und diese einschwenken und Zugeständnisse machen mußte (freier Handel — freies Warenerzeugnis usw.).

Dieses Doppelwesen, diese Zweideutigkeit des Wesens der Sowjetrepublik, dieser proletarisch-kommunistisch und überwiegend bäuerlich-demokratische Charakter drückten auch der Politik und der Taktik der III. Internationale ihren Stempel auf. Die russische kommunistische Partei, die Partei der Bolschewiki, führte die Geschäfts- oder Lebensinteresses des russischen Bauerntums durch, oder richtiger gesagt, mußte dieselben durchführen aus den schon weiter oben angeführten Gründen. Da nun die III. Internationale zum größten Teil aus unwissenden, nicht genügend geschulten Elementen bestand, die nicht aus Erkenntnis, sondern sich mehr aus Gefühl zu ihr bekannten und vom Schein der russischen Revolution geblendet waren und daher ihren Doppelcharakter nicht sehen konnten, so war es der KPR. leicht möglich, sich die III. Internationale als Instrument für ihre Außenpolitik gefügig zu machen.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hatte diesen Weg der russischen Revolution und damit verbunden den der III. Internationale, klar erkannt und als revolutionäre marxistische, rein proletarische Organisation den Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus der III. Internationale, der sich hinter scheinradikalen Phrasen verbarg, mit aller Schärfe aufgenommen. Was damals vor Jahren dem westeuropäischen Proletariat noch unverständlich erschien, ist jetzt klar von jedem Proletarier, der marxistisch denken kann und sehen will, zu erkennen.

Die Nep. (neue ökonomische Politik) eingeführt nach dem Kronstädter Aufstand, führt Sowjetrußland geraden Wegs in den Kapitalismus hinein. Die ungeheure, sich stets verschärfende Krise des Weltkapitals erschüttert alle Staatengebilde und verschont auch das kapitalistische Rußland nicht.

Die Krise in der KPR. ist nichts weiter als die Widerspiegelung der ökonomischen Krise, die nicht mehr verschleiert werden kann und auch durch nichts aufzuhalten ist.

Zugleich ist aber auch die Krise der KPR., die Krise der III. Internationale. **Nichts wird daher dem Zusammenbruch dieses starken, ideologischen Hindernisses für die proletarische Selbstbewußtseinsentwicklung des westeuropäischen Proletariats aufhalten können,** mögen die Regisseure des „roten" Rußlands der „Arbeiter" und Bauern auch noch so geschickt zu Werke gehen.

Es gilt darum die geschichtliche Erfahrung der russischen Revolution und die in ihr geschmiedete und gehärtete Waffe, **die revolutionären Räte,** trotz aller Umbringungsversuche durch die gesetzlichen Betriebsräte, für Westeuropa und in erster Linie für Deutschland rein zu halten und in den Betrieben durch revolutionäre Betriebsorganisationen den Boden zu geben, aus dem sie sich immer wieder ergänzen können. Die KAPD. sieht auch noch in dem Zusammenbruch der III. Internationale eine Bestätigung ihrer klar herausgeschälten Linie, die dem Proletariat den Weg des Generalstreikkampfes zeigt und die erkannt hat, daß das Proletariat der Welt nur in klarer Erkenntnis seiner Klassenlage seine geschichtliche Aufgabe erfüllen kann.

Nicht II. und nicht III. Internationale, sondern **Rätekommunistische** lautet die Antwort der Geschichte.

Nicht Unterordnung unter eine Nation, sondern Einreihung der Kämpfer in die Front des Kommunismus ist das dringendste Gebot der Stunde.

Die KAPD. ruft dem Proletariat immer wieder zu, ihrem Ruf zu folgen und sich durch die proletarische Revolution unter dem Schlachtruf „Alle Macht den Räten" den Weg zur Befreiung zu bahnen.

• • •

Folgendes Tatsachenmaterial möge zu der so notwendigen Klärung im internationalen revolutionären Proletariat beitragen:

Der Konflikt Sinowjew-Radek oder ein doppeltes Manöver

Die Geschichte der deutschen Scheinkommunistischen Partei ist die Geschichte von ununterbrochenen innern, organisatorischen und ideenkrisen. Ein anderer Weg ihrer Entwicklung kann nicht bestehen; denn die ganze ideologische und taktische Bagage dieser Partei ist eine Mischung von sozialdemokratischen Traditionen und sogenannten „Erfahrungen" der bolschewistischen Partei, — verbunden mit den Bedürfnissen der russischen großstaatlichen und nationalen Politik, die ihre — der KPD. — politische Linie bestimmt.

Es ist aber eine elementare Wahrheit der materialistischen Dialektik, daß die Methoden und die Mittel des Kampfes, einer gegebenen Epoche und einem bestimmten Orte entsprechend, sich als untauglich erweisen, wenn sie zur anderen Epoche, zu anderen Orten und Verhältnissen verlegt werden. Deswegen entspricht die Taktik der KPD. nicht den Bedürfnissen des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats; noch weniger in Einklang mit diesem Kampfe befindet sich die russische Nationalpolitik.

Die gewerkschaftliche Politik der deutschen „Kommunistischen" Partei — auf die Revolutionierung und Eroberung der Gewerkschaften gerichtet — ist vollständig gescheitert. Das richtige Urteil und der Kritik an den Fehlern der Rechten. — b) Die Grundauffassung des Genossen Radek über die Entwicklung der künftigen Kämpfe in Deutschland geht von der falschen Schätzung der Klassenkräfte in Deutschland aus — und nämlich: opportunistische Ueberschätzung der Unreifheit im Lager der Faschisten und Versuch auf diese Unreifheit die Politik der deutschen Arbeiterklasse zu bauen.

Alles das zusammenfassend, hält das ZK. für notwendig, der Exekutive der KI. bekanntzugeben, daß in der gegebenen Frage der Genosse Radek nicht die Auffassung des ZK. der KPR. ausdrückt.

3. Weist dem Genossen Radek auf das in der bolschewistischen Partei unzulässige Verhalten hin, wo die Mitglied des ZK. der KPR. sich der Beschlüsse der ZK. über die internationalen Fragen nicht unterwirft.

5. Mahnt den Genossen Radek und die anderen Genossen von der Opposition den Fraktionsstreit nicht in die Kosloitern zu verlegen, da das mit ihnen schlechten Folgen für die internationale Arbeiterbewegung verbunden ist.

Wer die Politik der KI. einigermaßen gut kennt, wird vor dieser Resolution wie vor einem Rätsel stehen. Sinowjew und seine Anhänger klagen Radek an in „opportunistischer Ueberschätzung der Unreifheit im Lager des Faschismus und Versuch auf diese Unreifheit die Taktik der Arbeiterklasse

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 15, Jahrgang 5 | Februar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Der Zusammenbruch der 3. Internationale

Die russische Revolution von 1917 war nur dem Scheine nach eine proletarisch-kommunistische. In Wirklichkeit war sie eine zu sehr kleinem Teil proletarisch-kommunistische, zum übergroßen Teile eine bäuerlich-demokratische Revolution.

Eine ungeheure Anzahl von armen, teilweise ganz besitzlosen Bauern, wie wir sie in Westeuropa gar nicht kennen, beteiligten sich an der Revolution und erhielten dadurch Grund und Boden als Privatbesitz. Da das Bauerntum zu unentwickelt und noch gar nicht organisiert war, ergab sich von selbst, daß das weiter entwickelte und gut organisierte Industrieproletariat in dem akuten Stadium der Revolution die Führung übernahm.

Nur unter Führung des Industrieproletariats konnte das Bauerntum seine riesige historische Aufgabe erfüllen. Zugleich konnte das Proletariat seinem Ziele, dem Kommunismus, näherrücken.

Diese in den ökonomischen Verhältnissen Rußlands begründete Führung des Bauerntums durch das Industrieproletariat hielt sich noch längere Zeit. Und zwar dadurch, daß die Konterrevolution, die Koltschaks, Denikins und Wrangels ihr Haupt erhoben. Zur Unterdrückung dieser und ihrer Niederschlagung mußte das Bauerntum auch in unentwickelt und das Industrieproletariat mußte naturnotwendig die Führung übernehmen. Es stand dadurch an vorder Stelle, nächtbar, vor den Bauern, die sich hinter ihm im Dunkeln hielten. Das Proletariat mit seinen Parolen und seinem Programm, dem Kommunismus und auch seinen ersten Regierungsmaßnahmen waren die Flammen der russischen Revolution. Mehr und mehr erloschen die Flammen, d. h. je mehr sich die Bauern als Klasse fühlten und auch organisierten, desto mehr drückten sie vermittels ihrer numerischen, riesigen Ueberlegenheit dem Regierungssystem ihr Gepräge auf, nämlich das Gepräge des kleinbäuerlichen Grundbesitzes.

Das Wesen Sowjetrußlands war ein zweideutiges — proletarisch-bäuerlich und da bäuerlich Privatbesitz bedeutet und dieser bürgerlich und nicht kommunistisch ist, so war die Sowjetrepublik proletarisch-bürgerlich.

Solange Krieg, Bürgerkrieg herrschte, kam dies sehr wenig zur Geltung, da das Proletariat in diesen Kämpfen blutete. Doch als die Gegenrevolution vernichtet war, es auch keinen Krieg mehr zu führen galt, und die Bauern von den vielen Fronten jetzt auf ihren Boden zurückkehrten und nun genießen wollten, da kam der tiefe, unüberbrückbare Riß zwischen Kommunismus und Privatbesitz, zwischen Proletariat und (Klein-)Bürgertum zum Vorschein. Da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Rußlands eben Bauern sind und ihre Ansprüche als Klasse geltend machten, so zeigte sich auch gleich, daß die Regierung des Proletariats nur Schein war und dieselbe einschwenken und Zugeständnisse machen mußte (freier Handel — freies Warenerzeugnis usw.).

Dieses Doppelwesen, diese Zweideutigkeit des Wesens der Sowjetrepublik, dieser proletarisch-kommunistisch und überwiegend bäuerlich-demokratische Charakter drückten auch der Politik und der Taktik der III. Internationale ihren Stempel auf. Die russische kommunistische Partei, die Partei der Bolschewiki, führte die Geschäfts- oder Lebensinteresses des russischen Bauerntums durch, oder richtiger gesagt, mußte dieselben durchführen aus den schon weiter oben angeführten Gründen. Da nun die III. Internationale zum größten Teil aus unwissenden, nicht genügend geschulten Elementen bestand, die nicht aus Erkenntnis, sondern sich mehr aus Gefühl zu ihr bekannten und vom Schein der russischen Revolution geblendet waren und daher ihren Doppelcharakter nicht sehen konnten, so war es der KPR. leicht möglich, sich die III. Internationale als Instrument für ihre Außenpolitik gefügig zu machen.

Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hatte diesen Weg der russischen Revolution und damit verbunden den der III. Internationale, klar erkannt und als revolutionäre marxistische, rein proletarische Organisation den Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus der III. Internationale, der sich hinter scheinradikalen Phrasen verbarg, mit aller Schärfe aufgenommen. Was damals vor Jahren dem westeuropäischen Proletariat noch unverständlich erschien, ist jetzt klar von jedem Proletarier, der marxistisch denken kann und sehen will, zu erkennen.

Die Nep. (neue ökonomische Politik) eingeführt nach dem Kronstädter Aufstand, führt Sowjetrußland geraden Wegs in den Kapitalismus hinein. Die ungeheure, sich stets verschärfende Krise des Weltkapitals erschüttert alle Staatengebilde und verschont auch das kapitalistische Rußland nicht.

Die Krise in der KPR. ist nichts weiter als die Widerspiegelung der ökonomischen Krise, die nicht mehr verschleiert werden kann und auch durch nichts aufzuhalten ist.

Zugleich ist aber auch die Krise der KPR., die Krise der III. Internationale. **Nichts wird daher dem Zusammenbruch dieses starken, ideologischen Hindernisses für die proletarische Selbstbewußtseinsentwicklung des westeuropäischen Proletariats aufhalten können,** mögen die Regisseure des „roten" Rußlands der „Arbeiter" und Bauern auch noch so geschickt zu Werke gehen.

Es gilt darum die geschichtliche Erfahrung der russischen Revolution und die in ihr geschmiedete und gehärtete Waffe, **die revolutionären Räte,** trotz aller Umbringungsversuche durch die gesetzlichen Betriebsräte, für Westeuropa und in erster Linie für Deutschland rein zu halten und in den Betrieben durch revolutionäre Betriebsorganisationen den Boden zu geben, aus dem sie sich immer wieder ergänzen können. Die KAPD. sieht auch noch in dem Zusammenbruch der III. Internationale eine Bestätigung ihrer klar herausgeschälten Linie, die dem Proletariat den Weg des Generalstreikkampfes zeigt und die erkannt hat, daß das Proletariat der Welt nur in klarer Erkenntnis seiner Klassenlage seine geschichtliche Aufgabe erfüllen kann.

Nicht II. und nicht III. Internationale, sondern **Rätekommunistische** lautet die Antwort der Geschichte.

Nicht Unterordnung unter eine Nation, sondern Einreihung der Kämpfer in die Front des Kommunismus ist das dringendste Gebot der Stunde.

Die KAPD. ruft dem Proletariat immer wieder zu, ihrem Ruf zu folgen und sich durch die proletarische Revolution unter dem Schlachtruf „Alle Macht den Räten" den Weg zur Befreiung zu bahnen.

• • •

Folgendes Tatsachenmaterial möge zu der so notwendigen Klärung im internationalen revolutionären Proletariat beitragen:

Der Konflikt Sinowjew-Radek oder ein doppeltes Manöver

Die Geschichte der deutschen Scheinkommunistischen Partei ist die Geschichte von ununterbrochenen innern, organisatorischen und ideenkrisen. Ein anderer Weg ihrer Entwicklung kann nicht bestehen; denn die ganze ideologische und taktische Bagage dieser Partei ist eine Mischung von sozialdemokratischen Traditionen und sogenannten „Erfahrungen" der bolschewistischen Partei, — verbunden mit den Bedürfnissen der russischen großstaatlichen und nationalen Politik, die ihre — der KPD. — politische Linie bestimmt.

Es ist aber eine elementare Wahrheit der materialistischen Dialektik, daß die Methoden und die Mittel des Kampfes, einer gegebenen Epoche und einem bestimmten Orte entsprechend, sich als untauglich erweisen, wenn sie zur anderen Epoche, zu anderen Orten und Verhältnissen verlegt werden. Deswegen entspricht die Taktik der KPD. nicht den Bedürfnissen des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats; noch weniger in Einklang mit diesem Kampfe befindet sich die russische Nationalpolitik.

Die gewerkschaftliche Politik der deutschen „Kommunistischen" Partei — auf die Revolutionierung und Eroberung der Gewerkschaften gerichtet — ist vollständig gescheitert. Das richtige Urteil und der Kritik an den Fehlern der Rechten. — b) Die Grundauffassung des Genossen Radek über die Entwicklung der künftigen Kämpfe in Deutschland geht von der falschen Schätzung der Klassenkräfte in Deutschland aus — und nämlich: opportunistische Ueberschätzung der Unreifheit im Lager der Faschisten und Versuch auf diese Unreifheit die Politik der deutschen Arbeiterklasse zu bauen.

Alles das zusammenfassend, hält das ZK. für notwendig, der Exekutive der KI. bekanntzugeben, daß in der gegebenen Frage der Genosse Radek nicht die Auffassung des ZK. der KPR. ausdrückt.

3. Weist dem Genossen Radek auf das in der bolschewistischen Partei unzulässige Verhalten hin, wo die Mitglied des ZK. der KPR. sich der Beschlüsse der ZK. über die internationalen Fragen nicht unterwirft.

5. Mahnt den Genossen Radek und die anderen Genossen von der Opposition den Fraktionsstreit nicht in die Kosloitern zu verlegen, da das mit ihnen schlechten Folgen für die internationale Arbeiterbewegung verbunden ist.

Wer die Politik der KI. einigermaßen gut kennt, wird vor dieser Resolution wie vor einem Rätsel stehen. Sinowjew und seine Anhänger klagen Radek an in „opportunistischer Ueberschätzung der Unreifheit im Lager des Faschismus und Versuch auf diese Unreifheit die Taktik der Arbeiterklasse

Veranw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

zu bauen". Ist aber das eine Politik auf diesen Radeks? — Keineswegs! Vor der XIII. allrussischen Konferenz der bolschewistischen Partei (April 1922) wollte Sinowjew mit langen Zitaten beweisen, daß der Ruhrkonflikt einen anderen Charakter wie der Krieg im Jahre 1914 hat, und bewegen kann die KPD. in ihren Aufgaben noch eine andere einschließen: „Verteidigung der Nation!" Noch kürzer und ausdrucksvoller war Bucharin in seinem Bericht über die Tätigkeit der KI. „Der Konflikt — sagt er — zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht die einzige imperialistische Charakter, und es ist Ein trägt Pflicht der KPD. der deutschen Arbeiterklasse, mit Kleinbürgertum und einzige Verteidigung der deutschen Nation gegen die Bourgeoisie ist, welche die nationalen Interessen Deutschlands verkauft." („Prawda" Nr. 87, 21. April 1922.)

Mit dieser „wissenschaftlichen" Diagnose des Ruhrkrieges war die Basis der Rechtfertigung der nationalistischen Agitation der KPD. gegeben, welche Agitation „die gemeinschaftliche Sprache" mit dem nationalistisch gesunden Kleinbürgertum und Verständigung mit gewissen Teilen des Faschismus anstrebte. Auf diese „wissenschaftliche" Diagnose war auch die politische Schlagerterrede Radeks gebaut, die in der Erweiterten Exekutive der KI. gehalten und von Sinowjew, Bucharin und Co. einstimmig gutgeheißen aufgenommen wurde.

Die Uebereinstimmung zwischen Radek und Sinowjew setzt aber auch in Oktober 1923 fort, wo die Welle des proletarischen Aufstandes in Deutschland ihren Gipfel erreichte. In Nr. 234 der „Prawda" ist der zweite Artikel Sinowjews von der Serie „Die Probleme der deutschen Revolution" unter dem Titel „Die Legende von dem Bündnis der Kommunisten mit den Nationalisten" veröffentlicht. Mit den französischen Sozialisten polemisierend, schreibt er: „Deutschland ist ein besiegtes Land. Der Ententeimperialismus tritt mit seinen Stiefeln auf die Brust Deutschlands. Nicht nur die zwanzig Millionen Arbeiter, sondern auch das vielzählende städtische und ländliche Kleinbürgertum ist fest entschlossen, Tag und jede Stunde [illegible] Bourgeoisie. . . . Die deutschen Kommunisten haben nicht nur Recht, sondern auch eine direkte Pflicht, die besitzlosen Schichten, die nur infolge ihres Hasses (ihres gerechten und verdienten Hasses) den Ententeunterdrücker gegenüber den Faschisten folgen, aus dem Einflusse der bürgerlichen Nationalisten zu entreißen . . . Die deutschen Kommunisten beobachten, insofern sie Kräfte haben, die Lösung dieser Aufgabe, . . . und zum Glück mit Erfolg." In derselben Nummer der „Prawda" wurde auch die Radekische „Antwort an Herrn Faur und anderen sozialistischen Agenten Poincarés" veröffentlicht, wo er mit denselben Argumenten dieselbe Position verteidigt.

Um unsere Zusammenstellung zum Schluß zu bringen, zitieren wir noch das, was der Anhänger der Sinowjewschen Clique — Bucharin — auch nach der „Oktoberniederlage" sagte (Rede über die Internationale Lage — November 1923): „Die Aufgabe unserer Partei in Deutschland besteht in der Desavouierung (Entlarvung) der halben Sozialdemokraten vor der Arbeiterklasse als Verräter ihrer Interessen. Die Barriere zwischen der Arbeiterklasse und den Faschisten muß um jeden Preis zerschlagen werden." Diese Rede ist ohne Widerspruch im Organ Sinowjews „Petrogradskaja Prawda" Nr. 256 — 11. 11. 23 — veröffentlicht. Es ist also klar, daß die „faschistische Politik" der KPD. ein Werk nicht nur Radeks, sondern auch Sinowjew, Bucharin und anderer, des ganzen Politbüro der KPR. und der Exekutive der KI. ist.

In dem Duell Sinowjew-Radek ist aber noch ein sachlicher Punkt: „Radek unterstützt die rechte Minderheit des ZA. der KPD., entfernt die Linken und damit schiebt er die Gefahr einer Spaltung in den „Vordergrund". Auf diesen Vorwurf antwortet Radek so in seiner Erklärung: „Die Behauptung des Politischen Büro, daß meine organisatorische Politik objektiv zur Spaltung führe, daß ich, mich auf die Rechten stützend, die Linken absetze, entspricht nicht den Tatsachen. Auf dem Leipziger Kongreß der KPD. im Januar 1923 wurden nur dank meiner Forderung Vertreter der Linken im ZA. hinzugestellt; im Sommer 1923 stimmte ich in Exekutivkomitee gegen die Entfernung der linken Führer der Berliner Organisation von ihren Aemtern. Nur dank meinem unaufhörlichen Drängen wurden zwei Vertreter der Linken in Hamburg Kontrolleure des ZA. hinzugewählt. Die Linken sind heute, wie vorher, im ZA. hinzugewählt. Die Linken sind heute, wie vorher, ich immer sehr wenig, da die ideologische Konfusion vor ich immer sehr wenig, da die ideologische Konfusion vor der Taktik der unreifen radikalisierten Führer der Linken." („Inprekor" Nr. 7, 16. 2. 1924.) Darauf hat Sinowjew absolut nichts geantwortet.

Und tatsächlich — Radek hat mehr wie Sinowjew und Co. mit der sogenannten „Linken" der KPD. kokettiert. Es genügt in den Protokollen des IV. Kongresses der KI. hineinzuschauen: Ruth Fischer klagt den ZA. der KPD. für sein opportunistisches Verhalten beim Rathenaumorde an. Während Sinowjew und besonders Bucharin lange Philippiken gegen die „Linke" halten, sagt Radek: „Die Genossin Fischer weist in ihrer Rede auf einen Fehler im Zusammenhang mit dem Mordo Rathenaus hin . . . Wenn sich in der Partei Stimmen stärker machen, daß die Kommunistische Partei im Bezug auf jedes Ereignis kommunistische Stellung haben soll und nicht an dem Begräbnis weinend über die Leiche Rathenaus teilnimmt und „Republik! Republik! Republik!" schreit, — wenn man so nicht, so möchten wir alle, daß diese Stimme nicht der Opposition, sondern der ganzen Partei gehört. Nur jener, der ein beschworener Rechtsanwalt jedes ZA. ist, kann es behaupten, daß die deutsche Partei am Anfang der Rathenaukampagnie keine Fehler gemacht hat." („Prawda" 12. 11. 1922.)

Wir überlassen einem anderen Artikel die Behandlung der Frage: inwiefern befindet sich die „organisatorische" Politik Sinowjews — Unterstützung des Zentrums und Zusammengehens mit den Linken der KPD. — in Einklang mit seiner bisherigen politischen Linie KPR. — in Einklang mit seiner bisherigen politischen Linie KPR. — in Einklang mit der Politik Trotzki u. Co. (Rede Trotzkis bei der Sitzung des Exekutive) und welcher ist der Charakter des neuen, im Kampfe gegen Radek, Trotzki u. Co. proklamierten „linken" Kurses. Wir richten unsere Aufmerksamkeit auf den Charakter des Konfliktes Sinowjew-Radek, das dennoch eine Mysterie bleibt. Unsere obige Zusammenstellung hat erwiesen, daß die gegen Radek gerichteten Vorwürfe auch gegen Sinowjew gerichtet werden können. Womit erklärt sich dann der Konflikt Sinowjew-Radek? Welche sind seine Ursachen?

Die Diktatur der bolschewistischen Partei, auf die Oekonomie der Nep gestützt, kann nicht mehr die auf dieser Basis entstandenen Klassengegensätze bewältigen. Noch mehr — die Klassengegensätze verlegen sich in ihrer Mitte selbst und verursachen den Fraktionstreit in ihrem Schoße. Der zweite Faktor, der den ersten ergänzt, ist die Bürokratie im Staatsapparat und ihre unvermeidliche Auswirkung in der Parteistruktur, wo die Kämpfe um Posten und Aemter, die Kämpfe zwischen einzelnen Aemtern sich im Parteistreit umwandeln. Unter den Einfluß dieser Faktoren vollzieht sich die Zersetzung der bolschewistischen Partei; die letzte Partei-„Diskussion" — die ein Kampf zwischen zwei Gruppen um Macht war, ist nur eine Erscheinung dieses Prozesses. Im Zusammenhang damit nimmt die Prestige der KPD. ständig ab, die Angst der unzufriedenen kleinbürgerlichen Massen vor der Diktatur der Partei verschwindet und sie fangen an, immer mutiger und mutiger ihre Klassenforderungen vorzulegen. Das einsehend, braucht die Partei die Autorität der KI., um ihre eigene Macht zu befestigen. Wenn sie die Macht braucht, um die Kleinbourgeoisie in Schach zu halten, so braucht sie die Autorität noch viel mehr, um wenigstens etwas Einfluß auf das Proletariat beizubehalten; denn, wenn sie der Kleinbourgeoisie freien Handel geben, billige Kredite, leichte Steuern, feste Valuta usw. versprechen kann, so hat sie für das Proletariat nicht anderes, als es mit den Taten der 3. Internationale zu trösten. Und sie schafft mit allen Mitteln die Legende von ihrer (der 3. Int.) Allmacht. Insbesondere heute, wo Rußland eine scharfe ökonomische Krise erlebt, in der sie sich zeigt: Ueberproduktion, Massenarbeitslosigkeit, Sinken des Rubels. Unter diesen Umständen hat die bolschewistische Partei aus der „deutschen Revolution" eine Rettungslosung ihrer Diktatur gemacht. Den Bauern gibt sie hohe Preise für ihr Getreide durch die Ausfuhr ins Ausland; die Kleinbourgeoisie beschänkt sie mit Glück und Ruhe durch friedliche Handelsverträge mit den anderen Ländern und Millionen arbeitslosser Proletarier und halbverhungerter Sklaven der Nep verspricht sie Revolution in Deutschland. Es ist also selbstverständlich, daß das „Fehlschlagen der deutschen Revolution" große Enttäuschung und Unzufriedenheit unter den arbeitenden Teilen der KPR. und eine noch größere Abnahme ihres Prestige hervorgerufen hat. Selbst Sinowjew sagt in seiner Rede anläßlich des sechsten Jahrestages der russischen Revolution: „Nicht selten kommt es vor, wo mir sehr gute Genossen fragen: am 1. Oktober habt ihr gesagt, daß die deutsche Revolution kommt, heute ist der 6. November, wo ist jetzt eine Revolution?" („Petr. Prawda" Nr. 253 v. 6. 11. 23). In der Rede auf der 8. allruss. Konferenz sagt er: „Ich weiß, daß wir, als die Revolution nicht kam, eine unvermeidliche große Enttäuschung erleben würden: Was denn, Ihr versprecht uns Revolution, wo ist sie denn?" („Prawda", 25. 1. 24). „Diese Stimmung in der Arbeiterklasse existiert und es ist wohlverständlich, warum . . . .

Und diese Stimmung wollte jede von den beiden kämpfenden Hauptklippen — es bestehen noch mehrere kleine gegnerische Gruppen — für ihre eigene Zwecke ausnutzen, indem sie die Verantwortung der Niederlage der KPD. auf die falsche Politik der anderen schob. Die Gruppe Trotzki-Radek-Piatakoff-Preobraschensky klagte Sinowjew und seine Anhänger im politischen Büro an, Sinowjew-Kamenetf-Stalin-Bucharin erwiderten das Feuer der Anderen. „Ich weiß nicht, Genossen — sagte Sinowjew bei der Konferenz — wie es bei euch im Landewar, hier aber in Moskau hat die Frage der deutschen Revolution, der Revolution überhaupt Internationale und von der Führung der KI. ihre bedeutende Rolle in dieser Diskussion ausgespielt. Die Genossen von der Opposition haben in allen Versammlungen, außer die tausendmaligen Vorwürfe auch den Vorwurf gemacht, gegen das ZK., daß die Exekutive der Kommintern die deutsche Partei und den deutschen ZA. zugrunde gerichtet habe. . . . In dieser Richtung einen besonderen Fleiß entfaltet der Genosse . . . Radek . . . Ihr seht, daß der Kampf teilweise die internationale Linie überschritt, ihr wißt, daß man in der KI. den Versuch machte gegen die Linie unserer Partei Front zu machen." („Prawda", 25.1. 24.).

Es ist also klar, daß der Streit um die Frage „Wer trägt die Verantwortung für die „deutsche Niederlage"? nur eine Abspiegelung des Kampfes zwischen den beiden Hauptflügeln der bolschewistischen Partei ist. Jetzt wird es klar, daß die „Unterschiede" zwischen Sinowjew und Radek ein Manöver sind, mit welchem jede von den streitenden Parteien einen Teil der bolschewistischen Partei für ihre Zwecke zu gewinnen sucht. Die bolschewistische Partei ist die Kommunistische Internationale. Die Krise in der bolschewistischen Partei ist zugleich die Krise in der KI. Die Autorität der letzteren brauchen aber jede von den beiden Gruppen. Deswegen ist jede bestrebt, sie für ihre Kause (Sache) zu gewinnen oder — wie sich Sinowjew ausdrückt — auch in der Internationale Front gegen ihren Gegner zu machen. Die stärkste Partei der 3. Internationale ist heutzutage die KPD. Ihre Stellung zu der „russischen Frage" wird entscheidende Wichtigkeit für die Stellung der ganzen Internationale haben. Sinowjew u. Co. ist den langjährigen Fraktionskreisen angehaken, sucht mit ihnen geschickten Manöver die KPD. für sich zu gewinnen. Er lastet ihre Krise aus und mit der Tatsache spekulierend, daß Radek der Instrukteur der KPD. und unmittelbarer Beauftragter der Politik der KI. war, schiebt er die Verantwortung für diese Politik auf Radek und — „links" leistet mit reservierten Thesen über die Einheitsfront und die Arbeiter- und Bauernregierung — sicherer er sich die heutige Mehrheit der KPD., indem er sich gegen die „Bankrotteure" Brandler, Thalheimer u. Co. erklärt.

Es ist klar, daß der Konflikt Sinowjew-Radek ein doppeltes Manöver ist, um die Gegner gegenseitig innerpolitisch und international unschädlich zu machen. Dieser Konflikt hat in seinem Grunde keine prinzipielle Unterschiede, obgleich Sinowjew versucht, sich solche aus den Fingern zu saugen.

Die Aenderung der Taktik der Einheitsfront und des „Begriffs" Arbeiter- und Bauernregierung ist nicht das Resultat der Lehren aus den „deutschen Ereignissen", sondern ein diplomatisches Entgegenkommen an die heutige Mehrheit der KPD., die begründet ist in dem Verlangen ihre schwindende Macht unter allen Umständen zu halten.

Auf diese Frage kommen wir später noch zurück.

Jetzt richten wir unseren Bruderruf an die denkenden proletarischen Elemente der KPD.: **Nieder mit der kritiklosen Anwendung der Moskauer Rezepte, die nur zu neuen Niederlagen führen! Es ist heute klar, daß diese Politik und der neue „linke" Kurs nur ein Manöver in dem Kampfe zwischen zwei streitenden Gruppen ist. Der „neue" Kurs der Clique Sinowjews ist kein Produkt aus der Analyse der deutschen Verhältnisse, und ist keine Lehre aus den deutschen Ereignissen!! Die Entstehung des neuen „linken" Kurs hat keine Berührungspunkte mit den Interessen des proletarischen Klassenkampfes.**

Er kann auf den sich entwickelnden Prozeß der revolutionären Selbstkritik nur zerstörend wirken, der naturnotwendig zum rein proletarischen Klassenkampfstandpunkt der KAPD. führen muß.

Laßt es nicht zu, Genossen! Laßt euch nicht von diesem schmutzigen Manöver verführen! Vorwärts auf dem Wege der revolutionären Kritik damit er zum Programm und zur Taktik der KAPD. führt. Nur so wird sich die Niederlage zum Ausgangspunkt des morgigen Sieges umwandeln!

Von unserem Hauptfeind

„Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, in welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt." — „Lassalle."

Es gibt Dinge, die dem Proletariat nicht oft genug geprediget werden können, dazu gehört die Wahrheit vom unserm Hauptfeind, der Presse". Denn, obgleich die Erfindung der Buchdruckerkunst die Geburtshelferin einer neuen Zeit wurde, so ist ihr fünftes Kind, die Presse, jetzt einer der tüchtigsten Soldaten in den Reihen der Verteidiger alles Bestehenden — von der „Kreuzzeitung" bis zum „Vorwärts". Und der Artikel, in dem Ferdinand Lassalle die liberale Presse kennzeichnete, braucht heut nur eine geringfügige Abänderung; er muß nur erweitert, auch auf die gesamte sogenannte „sozialistische" Presse ausgedehnt werden; denn als Lassalle seine Rede hielt, hat er die Entwicklung der sozialistischen Presse noch nicht in ihrer Verzerrung, in dem sie sich jetzt befindet, kaum voraussehen. So spricht er gegen die Inseratenplantagen und vermerkt es mit Genugtuung, daß die Blätter, die im Laufe der Entwicklung auf unsere Seite getreten sind . . . keine Annoncen haben, noch bringen, noch jemals zu bringen hoffen oder erstreben". Und heut ist der „Vorwärts" fast eine ebenso ertragreiche Inseratenplantage wie die „Morgenpost". Die Umwandlung der sozialistischen Tageszeitungen von einer Waffe im Klassenkampf zu einem Geschäftsunternehmen hatte dann auch die Folgen, die Lassalle skizziert. Die Zeitungen beschränken sich auf die Opposition, die der Regierung gerade noch erträglich scheint" und „es bleibt also schließlich nichts anderes übrig, als diese rein geschäftlichen Konzessionen als ebenso viele neue Stadien des allgemeinen Verfalls dem Volk vorzustellen, zu suggerieren und aufzudrängen, als als Entwicklungen und heilsame Kompromisse des Volkslebens darzustellen . . ."

'Diesen Weg ist die sozialdemokratische Presse gegangen. Die Presse der KPD. folgt ihr, wie in die gesamte Politik der KPD. auch der Richtung der Sozialdemokratie folgt, nur daß ihre enge Verknüpfung mit Rußland das Legen eines eigenen Gleises notwendig machte. Die Entwicklung der kommunistischen Presse läßt sich, ihrer kürzeren Lebensdauer wegen, noch nicht so klar demonstrieren. Immerhin ist es ein Symptom, wenn z. B. bei Verboten der „Roten Fahne" in die mit anderem Kopf ausgestatteten Ersatzblätter neben den geistigen Gütern der Redaktion auch die Annoncen der Elektrischefabriken und die kleinen Anzeigen gerettet werden. Das war der „illegale" Ersatz der täglichen Geistesnahrung . . . .

Die sozialdemokratische Presse aber ist die ältere Schwester, sie hat viele Jahre der Entwicklung voraus; sie hat es darum auch heut so einen beachtenswerten technischen Höhe gebracht. Das gehört mit zu ihrem Programm, denn sie kämpft mit der bürgerlichen Presse in nicht mehr um die Seele des Proletariats, sondern um die Groschen für das Abonnement. Und nur in diesem Sinne ist der Kampf der „Roten" gegen die bürgerlichen Presse. — Trotzdem aber liebt man es in der Sozialdemokratie, hier und da zu zeigen, daß man doch eine gewisse Tradition hat. In guter Berechnung der Tatsache, daß der Proletariat, der den „Vorwärts" hält, weder morgens noch auf der Fahrt zur Arbeit soviel Zeit hat, noch abends so frisch ist, seine tägliche geistige Nahrung gründlich auf ihren Inhalt zu prüfen, wird diese „Wahrung der Tradition" in die Sonntagsbeilage gedrängt. Darum finden sich z. B. in der Sonntagsbeilage des „Vorwärts" von Zeit zu Zeit Artikel, die mit dem Inhalt und der Hauptaufgabe des Blattes, die oben mit den Worten Lassalles gekennzeichnet wurde, in schreiendem Gegensatz stehen. So z. B. der Artikel über Steinlen in Nr. 6 von „Volk und Zeit". Neben der Würdigung des Künstlers Steinlen enthält er eine Reihe guter Reproduktionen; außerdem noch den Hinweis auf sein Wirken als Agitator des Sozialismus in der revolutionäre sozialistische Zeitschrift „Assiette au beurre". Für wie kurz von Gedanken der „Vorwärts" aber seine Leser halten muß, beweist, daß er es wagen darf, eine der schlagendsten Satiren auf alle sozialdemokratischen Ideale von Arbeiterregierung usw. zu bringen. Dieses Blatt Steinlens stellt eine Szene im Streikbüro dar, in der die eingegangenen Listen der Streikunterstützungen nachgeprüft werden:

„— Die Führer liegen die eingegangenen Sammellisten durch, Arbeiter füllen den Raum, der Text lautet: „Und unser Genosse Minister, was schickt er?" — „12 000 Soldaten!"

Ob denn keinem der Proleten ein Gedanke daran kommt, wie oft schon ein „Genosse Minister" in Deutschland mit dem gleichen Mittel die Streiks der Arbeiterschaft „unterstützt" hat. Und die diese Haltung des „Genossen Minister" in nur die zwangsläufige Konsequenz seiner Stellung als „Genosse Minister" ist; daß eben die Verpflichtung der ökonomischen Basis, die aus dem Sattler oder Metallarbeiter erst den bezahlten Funktionär, dann den Minister machte, ihn zuerst zu einem Opportunisten und Kompromißler, dann zu einer unbedingten Stütze des kapitalistischen Staates umschuf. Dagegen schützt keine frühere Parteistellung, und man kann sich innerhalb der „Arbeiterregierung" ganz gut auch einen um den Rollen der KP. hervorgegangenen Noske denken . . . .

Trotz dieser unbefangenen Würdigung des Revolutionärs mit dem Zeichenstift aber wäre es reichlich naiv, nun zu erwarten, daß „Lachen links" vielleicht bei dem nächsten Streik dieses Blatt als Tileblatt bringen könnte, selbst, wenn sich ein noch so aktueller Anlaß böte. Dem diese Wahrheiten dürfen von neuem „republikanischen" Witzblatt nicht mehr an die große Glocke gehängt werden, sie dürfen nur noch im Rahmen „kulturellen" Artikel ein Dasein im Schatten führen, zur Erbauung der „alten" Genossen; damit die noch die bescheidene Freude haben, daß der „Vorwärts" in der Beilage doch manchmal die Wahrheit sagt. Darum wird dem Redakteur der Beilage in diesen Dingen eine Art Narrenfreiheit gelassen, die in dem Rahmen, in dem sie ihm gewährt wird, in so geringem Schaden stiften kann, wie die Narrenfreiheit, die früher die Hofnarren an den Höfen der Fürsten genossen. Der „lustige Rat" dürfte seinem „Gevatter König" auch manche bittere Wahrheit zwischen seinen anderen Schwänken vorsetzen, und sie würde, wie diese, belacht und vergessen, ohne daß der Fürst die Konsequenzen der Weisheit seines Gevatters gezogen hätte. So darf auch der Redakteur der Beilage eines „Arbeiterblattes" dem Volk, dem großen Lümmel, einmal die Wahrheit sagen über seine selbstgewählten Regierer. Die Parteihäuptlinge wissen schon, daß er dann aber auch sowenig die Konsequenzen ziehen wird, wie die Fürsten aus der Narrenweisheitzeit ihrer lästigen Räte. . . . Und von allzu offener Tribüne darf die Narrenweisheit heut so wenig wie damals gepredigt werden.

Schluss damit!

II.

(Schluß)

Nachdem wir im ersten Teile des Artikels eingehend die Schädigungen dargelegt hatten, die die Internationale Arbeiterbewegung durch die parlamentarische Taktik erfährt, ist es der Gegenseite erlaubt, ihrerseits die Frage aufzuwerfen: Welchen Nutzen hat das Proletariat von der Sabotierung des Parlaments?

An sich ergibt sich die Antwort aus der Umkehrung alles dessen, was gegen die proletarischen Parlamentarismus gesagt worden ist. Der Nutzen, den man von Unterlassen einer schädlichen Handlung hat, liegt eben im Unterlassen. Das klingt nicht sehr geistreich, aber es ist die einzige Antwort auf eine selbst nicht sehr geistreiche Frage. Es könnte in auch gemand auf den Gedanken kommen, zu fragen: Welchen Nutzen habe ich, wenn ich mich nicht von Tuberkeln infizieren lasse? Man müßte ihm entworten: Der Nutzen liegt darin, daß du gesund bleibst. Auch der Parlamentarismus ist eine Krankheit, in der heutigen Situation sogar eine Verweichlichung der untergehenden bürgerlichen Welt, vor der sich das Proletariat als aufsteigende Klasse hüten muß, wenn es politisch gesund bleiben will. Aber damit ist das Wesentliche des Antiparlamentarismus noch nicht getroffen. Es genügt nicht, nur das Parlament durch Stimmenthaltung zu sabotieren, sondern der Antiparlamentarismus ist die Aeußerung und zugleich eine Verpflichtung zu einer grundsätzlich neuen Klassenkampfpraxis. Deshalb wollen wir an dieser Stelle nochmals einen energischen Strich zwischen der KAPD. als einer bewußt antiparlamentarischen Organisation und jenen Massen ziehen, die antiparlamentarisch sind aus politischer Indifferenz, jenen, die aus politische Gleichgültigkeit, Müdigkeit und Ekel vor jeder Stellungnahme selbst den Wahlzettel ablehnen. Niemals sind diese Leute Antiparlamentarier in unserem Sinne, niemals wird sich die KAPD. dazu hergeben, die Wortführerin dieses schlammartigen Bodensatzes der kapitalistischen Gesellschaft zu sein! Diese Art Leute ohne jegliches Einsicht geschweige denn Initiative, haben die Faulheit in jedem Sinne zu ihrem Gott gemacht und gehen deshalb nicht an die Urne, weil ihnen ihr Bauch wichtiger erscheint als das Schicksal ihrer Klasse. Es ist deshalb auch verfehlt, wie das leider oft geschah, über den hohen Prozentsatz der Nichtwähler zu jubeln. Die meisten enthalten sich der Stimme, weil sie an dem Sonntag lieber „wanderten" oder im Bett liegen blieben. Aus diesem Stoff gibt es keine Revolutionäre. Das Anwachsen einer bewußt antiparlamentarischen Bewegung gibt es andere, bessere Anzeichen als bürgerliche Statistiken und das sind: zunehmender Verfall der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien, zunehmende politische Streiks, Wachsen der Betriebsorganisationen, Sinken der Staatsautorität, offene bewaffnete Aufstände der Arbeiterschaft und Bildung von politischen Arbeiterräten, die die Führung des nunmehr zur Revolution drängenden Klassenkampfes übernehmen.

Mit diesen Aufzählung sind zugleich die Parolen gegeben, die wir als Partei der bürgerlich-parlamentarischen Taktik der SPD. und KPD. gegenüberstellen. Dem Proletariat diesen Weg zur Revolution zu zeigen und ihn selbst vorangehen, ist die Ergänzung des Antiparlamentarismus, ohne die dieser sonst nichts anderes wäre, als die Abstinenzparole politischer Kindsköpfe. Ebensolche politischen Kindsköpfe aber sind es, die der KAPD. den Antiparlamentarismus immer als Abstinenzpolitik vorwerfen, weil sie in ihrer opportunistischen Engstirnigkeit eben die Ergänzung, d. h. die reine revolutionäre Klassenkampftaktik der KAPD. nicht sehen oder nicht begreifen.

Es ist selbstverständlich, daß die soziale Revolution nicht von heute auf morgen ausbricht. Es ist auch nicht mit dem bloßen Aufrufen von Parolen, und seien sie noch so revolutionär irgend etwas gebessert. Ein Proletariat, das schon dazu übergegangen ist, einen bewaffneten Angriff auf den bürgerlichen Staat zu unterginnen, das den „Kampf" um bessere Lebensbedingungen innerhalb des Kapitals, den Kampf um die „Eroberung von Minister- und Landratsposten dahin geworfen hat, wo sie hingehören, in den Müllkasten der Geschichte, und zum offenen bewaffneten Angriff übergeht, wird sich selbstverständlich auch von den Illusionen der Parlamentspolitik befreit haben. Es ist ein dialektischer Prozeß, in dem eins das andere bedingt: die Befreiung von Wahnideen, die Notwendigkeit schärferer Kampfmethoden und diese Kampfmethoden wiederum die Einsicht in die Ueberflüssigkeit aller Illusionen. Man kann hier nicht immer abgrenzen, wo Ursache und Wirkung beginnen. Aber das eine läßt sich mit Bestimmtheit sagen: **ist das Proletariat nicht bereits zum Angriff übergegangen, wird es den Parlamentarismus noch für eine Form des Klassenkampfes halten.** Die Zertrümmerung dieser Täuschung, die letzten Endes nichts weiter ist, als die alte Autoritätsgläubigkeit des Proletariats, wird erst Raum schaffen für die Entfaltung der freien revolutionären Initiative. Und deshalb ist es auch nicht „verfrüht", wie die Moskauer Jesuiten stammelt, wenn die KAPD. schon jetzt versucht, das Proletariat bewußt antiparlamentarisch einzustellen, obwohl sie weiß, daß der bewaffnete Aufstand nicht morgen, und vielleicht auch übermorgen noch nicht, losbrechen wird.

Zusammenfassend kann man sagen, daß stumpfsinnig Nicht-Wählen genau das gleiche bedeutet wie das stumpfsinnige Wählen; daß jeder aber, der aus revolutionärer Einsicht antiparlamentarisch ist, auch die Konsequenz nach der positiven Seite hin ziehen und den Kampf auf die Straße und in den Betrieb tragen muß; daß die Parole der Wahlsabotage nicht an den Vorabend der Revolution gebunden ist, sondern immer wieder ins Proletariat geworfen werden muß, um seine Einstellung zu revolutionären; daß eine Organisation wie die KAPD. diese Einstellung schon jetzt als Organisation in die Praxis umsetzen muß, um ein Vorbild der Tat zu geben.

Und damit kommen wir schließlich auf einen Punkt, der zwar mehr organisatorischer Natur, aber trotzdem nicht zu unterschätzen ist: der Antiparlamentarismus als Faktor der proletarischen Moral. Es wird uns gerade von der KPD. immer höhnisch vorgeworfen, es sei sehr leicht, nicht zu wählen, nicht ins Parlament zu gehen, um dort mit dem Klassenfeinde „Auge in Auge zu kämpfen" usw. Ganz abgesehen davon, daß zum Zeitvertreiben oder Kleben mehr Mut gehört als im Parlament eine Rede zu halten, irren sich die Herren Parlaments-Kommunisten gewaltig, weil sie den Zustand des revolutionären Antiparlamentarismus noch nie durchmacht haben. Es ist im Gegenteil sehr leicht, als Hier-Abgeordneter" von allen Seiten umworben und umhubelt zu werden, mit Freikarte durch ganz Deutschland spazieren zu fahren, Diäten zu schlucken, ausgleichig und einträchtig mit den „Kollegen", den „Herren Parlamentsfreunden" am Parlamentsbuffet zu frühstücken und, eine Zierde der Partei, seine Reden eingehend kommentiert und gedruckt von allen Blättern am Frühstückstisch wiederzufinden. Es ist im Gegenteil sehr schwer, den Kampf so zu führen, wie ihn das Proletariat führen muß, im Dunkel seiner Werkstätten und Hinterhäuser, ohne große Hilfsmittel, an Stelle rednerischer Meisterstücke die Aufklärung von Mund zu Mund, an Stelle von Autofahrten die Zeitungsagitation trepauf — trepab, statt der Diäten und Frühstücke Arbeitslosigkeit und Hunger, wie jeder andere Genosse an Stelle der Immunität und „ehernvollen Festungshaft Zuchthaus und „Erschießung auf der Flucht". Wir klagen nicht, nicht; liegt uns ferner als das, wir sind weit eher stolz darauf, so fest im Proletariat zu wurzeln und uns auch persönlich nicht von seinem Schicksal zu trennen. Aber das Proletariat sollte selbst erkennen, wer in der Gesinnung anständiger ist, eine Partei, die von Schönrednern und Diätenschluckern repräsentiert wird oder eine Organisation, die freiwillig auf jeden Vorteil verzichtet, den der bürgerliche Apparat gewährt, um die Revolution, der Befreiung der Arbeiterklasse willen. Was man der KAP. auch immer vorwerfen möge, das eine kann man ihr beim besten Willen nicht nachsagen, daß sie sich von vornherein den gegenseitigen Beweis erbringt: daß auch nur eines ihrer Mitglieder nach einem bezahlten Posten im bürgerlichen Staat auf Grund seiner Parteizugehörigkeit strebt.

Daß dieser moralische Faktor auch wieder der Kraft der Bewegung zugute kommt, ist klar. Durch die Enthaltung vom Parlament werden die Wortführer des Proletariats gezwungen, innerhalb des Proletariats ihre Fähigkeit anzusetzen, seine Bedingungen zu studieren, mit einem Wort, dem Proletariat dort zu helfen, wo es zu Hause ist, im Betrieb, auf der Straße, und in einer antiparlamentarischen Organisation kann es keine Parolen vom grünen Tisch aus geben

Die bevorstehenden Wahlen werden den Beweis erbringen, ob und wie weit das deutsche Proletariat die subjektiven Vorbedingungen für die Revolution besitzt. Der Beweis wird nicht darin bestehen, daß wieder soundsoviel Kommunisten mehr ins Parlament einziehen. Der Beweis wird darin bestehen, daß die Mehrheit des Proletariats aus revolutionärer Erkenntnis der Klassenlage die Wahlen sabotiert. Ob es ihn erbringen wird? Wir jedenfalls werden nicht müde werden, ihm zuzurufen: **„Nieder mit dem bürgerlichen Parlament! Alle Macht den Räten!"**

Ein Abschreckungsurteil der weißen Justiz

In dem Postraubprozeß in Hebron-Damnitz bei Stolp wurden von den 6 Angeklagten 4 zu je drei-zu (!!) Jahren Zuchthaus verurteilt von der Strafkammer in Stolp. Der Gerichtssaal und das ganze Gerichtsgebäude waren mit Militär besetzt und neben jeden Angeklagten saß zur Sicherung ein Schupomann. Jeder Eintretende wurde auf Waffen untersucht. Dieses Urteil sollte nach Aussage der Richter ein Abschreckungsurteil sein.

Der Stempelmarkt

Das gravierendste Zeichen dafür, daß der Kapitalismus innerlich morsch und fail ist, sind die ins Riesenhafte anschwellenden Arbeitslosenmassen. Der Ruhrkrieg endete für das deutsche Kapital bekanntlich mit einer Niederlage und führte zur Verkleinerung seiner Produktionsbasis. Die auf die Markentwertung beruhende Schmutzkonkurrenz wurde durch die stabile Währung zur Unmöglichkeit. Während vorher deutsche Waren die billigsten waren, stehen sie jetzt weit über Weltmarktpreis. Unter solcher Voraussetzung muß das deutsche Kapital jetzt mit seinem äußerdem äußerst zerrütteten Produktionsapparat den Kampf auf dem Weltmarkte ignorieren. Es muß billiger produzieren, um seine Erzeugnisse absetzen zu können! Das erfordert Verringerung der Produktionskosten. Diese wird aber nicht erzielt durch ungeheuer verschärfte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft; denn Kapitalmus ist Profitwirtschaft!

Nur wo Profit winkt, laufen die Maschinen, rauchen die Schornsteine. Wo die Bedingungen zur Erzeugung von Mehrwert nicht vorhanden sind, da ist die Arbeitskraft der Besitzenden unnützer Ballast, der über Bord geworfen werden muß. Um sich nicht selbst aufzugeben, muß das Kapital nach dieser seiner Richtschnur handeln und jetzt auf allen Gebieten einen großzügigen Abbau vornehmen, um auf dem Weltmarkte wieder konkurrieren zu können. Jawohl, es ist ein Zeichen des Kapitalismus bereits vorgeschritten, daß er seine Lebensdauer nur verlängern, seine Profitrate nur noch sichern kann durch 10—12 und sogar 14stündige Arbeitszeit, durch 50prozentige Lohnreduzierung und durch Hinauswurf von Millionen unproduktiv gewordenen Arbeitskräften.

Diejenigen Lohnskiven, für die in der jetzigen Wirtschaftsordnung kein Platz mehr ist, stoßen zum Heere der Arbeitslosen. Es sind ihrer viele, die auf den Stempelmarkt geworfen werden und nur verschwindend gering ist die Rückwanderung in den Arbeitsprozeß. Wenn auch alle Erwerbslosen zur Klasse der Besitzlosen gehören, so ist ihre Zusammensetzung doch eine andere als vor zwei, drei Jahren. Während damals lediglich die Industriearbeiter die Nachweise bevölkerten, bietet sich heute ein typisches Bild. In den langen Stempelreihen sieht man oft Leidensgefährten, denen auf den ersten Blick anzusehen ist, daß sie das erste Mal in ihrem Leben stempeln gehen. Da steht neben dem Straßenkehrer der ehemalige Besitzer einer „Groß-Destillation", neben dem Müllkutscher der selbständige Schlossermeister, neben dem Gießereiarbeiter der geschäftstüchtige Inhaber der „Lebens-

mittelhandlung", neben dem Transportarbeiter der im Dienst ergraute Eisenbahner, neben dem Ausläufer der Anzeigenstelle aus dem technischen Büro der AEG., neben dem Metallarbeiter der Kellner des „erstklassigen" Hotels, neben dem Erdarbeiter der Börsenunterrichtete, Papierflut regulierende Bankbeamte, neben dem Holzarbeiter der kaufmännische Angestellte des Magistrats, neben dem Maurer der untere einstmals „königlich-preußische" Staatsbeamte. Fürwahr, ein seltsamer Reigen und doch mußte es zwangsläufig so kommen; denn die Konzentration des Kapitals bedingt die Vernichtung der kleinen Existenzen die Auflösung des Mittelstandes als selbstständige zwischen Großkapital und Proletariat stehende Klasse und das Kapital ist durch den fortschreitenden Zerfall seiner Ordnung zur Sicherung seines Profits gezwungen, auch seinen Beamten- und Angestelltenapparat zu mustern, um unnütze Fresser abzustoßen. Auf Grund dieser Tatsachen müssen nun auch diese Lohnarbeiter, von denen viele sich der Zugehörigkeit zur besitzlosen Klasse schämen, den Moloch Kapital den fälligen Tribut zollen. Sie, die so manchmal die Nase rümpften über das „arbeitsscheue Gesindel" und sich bis ans Ende ihrer Tage im sicheren Hafen wähnten, sie werden nun wie zum Hohn vom Sturm der Geschichte aus ihrem kleinbürgerlichen Idyll auf den sumpfigen, Hungertod gebärenden Grund dieser Gesellschaftsordnung geschleudert. So bilden die Millionen der aus dem Produktionsprozeß Geworfenen ihrer Zusammensetzung nach heute ein wogendes Durcheinander.

Die mannigfaltigen sozialen Funktionen, welche die Menschen im Wirtschaftsleben ausüben, sind die Grundlage ihrer verschiedenen Einstellungen gegenüber den gesellschaftlichen Problemen. Diese von den herrschenden Zuständen in den Köpfen erzeugten Anschauungen finden ihren Niederschlag in den verschiedensten politischen und kulturellen Strömungen. Das kommt natürlich auch bei den Erwerbslosen zum Ausdruck. Da sie ja dem sozialen Abgrund am nächsten stehen, greifen sie nach jedem Strohhalm, um sich vor dem Sturz in die Tiefe zu retten. Doch nicht alle fühlen den instinktiven Drang in sich, ihr Schicksal gemeinsam irgendwie zu verwenden. Während die einen noch betäubt von der Wucht des Zusammenbruchs in der Erinnerung an ihr soeben grausam zerstörtes „sonniges" Dasein dahinträumen und die Größe der ihrer harrenden Gefahren noch gar nicht erkennen; — wanken die anderen bereits am letzten Meilenstein vorbei zum großen Klassenriedhof, geistig und physisch absterbend, ein Schatten ihrer selbst, stumme Zeugen kapitalistischer Brutalität! Wieder andere suchen auf individuelle Weise der Bourgeoisie das zu entreißen, was ihnen zum Leben vorenthalten wird. Aber bei einem gewichtigen Teil der Erwerbslosen ist ohne Zweifel das Bestreben zu verzeichnen, gemeinschaftlich den drohenden Massenhungertod abzuwehren.

Es werden auf dem Stempelmarkt verschiedene Wege und Mittel angepriesen, die aus kapitalistischer Nacht zum hellen Morgen führen sollen. Da sind zum Beispiel die auf manchen Stempelstellen sehr rührigen Apostel des „Reiches der Hingabe", die „Naturmenschen". Diese Lockenpriester sehen das Heil darin, daß die Menschen sämtlicher Kultur entsagen und wieder zur „Natur zurückkehren" sollen. Das bedeutet also, daß der Mensch des 20. Jahrhunderts wieder in einen Höhlenbewohner grauer Vorzeit zurückverwandelt werden soll. Die geschichtliche Entwicklung soll also um Jahrmillionen zurückgeschraubt werden. Das ist natürlich kompletter Blödsinn. Das könnte ebenso gut verlangen, daß ein Kind wieder in den Mutterleib zurückkehren soll. Die Proletarier haben wirklich keine Ursache, auch nur mit einer Wimper zu zucken, wenn diese geistig armen zermalmt werden bei dem Versuch, das Rad der Geschichte zurück zu drehen; denn für den Sturz des Alten und dem Aufbau eines Neuen kommen solche Jesusgreise nicht in Frage.

Auch Anarchisten werben auf dem Nachweis für ihre Sache. Sie zerfallen bekanntlich in mehrere Schattierungen. Was sie wollen? „Herrschaftslosigkeit, „neue" Menschen, Föderalismus, keine Gewalt, usw.". Sie predigen das nun schon einige Jahrzehnte lang. Wenn sie erkennen würden, daß der Charakter des proletarischen Befreiungskampfes abhängig ist von den gesellschaftlichen Verhältnissen, und daß der Kapitalismus in seinem Schoße bereits die Bedingungen einer neuen höheren Ordnung erzeugt, — dann würde ihnen bereits auch zum Bewußtsein kommen, daß sie immer noch an der Stelle stehen, wo ihre Urgroßväter tot hingesunken sind. — Von einer Propaganda der Gewerkschaften und „völkerbefreienden" Sozialdemokratie unter den Arbeitslosen ist fast nichts zu spüren. Sehr erklärlich. Man kann ihnen wirklich nicht zumuten, in die winzigen Niederungen dieser Gesellschaft hinab zu steigen; denn sie treiben nur „hohe" Politik zum „Wohl" der Allgemeinheit. Sie stimmen für Gesetze („Ermächtigungsgesetz") und flehen dann die Verantwortung für die Handhabung derselben ab. Die Arbeiter können ja sehen, wie sie damit fertig werden. Mit allen ihren Fasern im kapitalistischen System wurzelnd, werden sie immer Front machen gegen Jene, die bewußt den Sturz dieser „Ordnung" wollen. Die SPD. verlangt von den Proletariern immer noch glauben, daß das Rußland von 1924 noch dasselbe ist wie dasjenige vom Oktober 1917. Andererseits knüpft in die KPD. bekanntlich an die Illusionen der Masse an, um sie, ohne daß sie es merken, in die Revolution zu führen. Der Angelpunkt der offiziellen Politik der deutschen Sektion ist, die Tagesnöte zu lindern, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, kurz: die Auswirkungen des Profitsystems zu bekämpfen. Hin und wieder spricht man auch von einer Diktatur „aller Werktätigen". Ganz zu schweigen von der „Rettung der deutschen Nation" und der Arbeiter- und Bauernregierung. Bei den Arbeitslosen hat es der KPD. besonders der Paragraph 9 der Erwerbslosenfürsorge angetan. Dieser Paragraph sieht bekanntlich vor, daß Unterstützungsempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden können. Gegen solche „Zwangsarbeit" ruft die KPD. die Arbeitslosen zum Kampf auf. Es ist selbstverständlich keine angenehme Sache, für die Unterstützung Schnee zu schippen. Ist aber der Paragraph 9 geeignet, eine Grundlage zu bilden für eine zielbewußte proletarische Bewegung? Die Proletarier müssen sich erstmal vor Augen halten, daß im kapitalistischen Staate jeder Besitzlose gezwungen ist, seine Ware Arbeitskraft an seinen Todfeind zu verkaufen, um leben zu können. Also wäre, objektiv gesehen, jede Lohnarbeit schon eine „Zwangsarbeit". Weiter ist zu beachten, daß sich der Kapitalismus doch in seiner Todeskrise befindet. Und je mehr sich diese verschärft, desto weniger kann das Kapital sich den Luxus gestatten, den Opfern seiner Profitsucht noch Geld für Nichtstun in den Rachen zu werfen. Deswegen muß die herrschende Klasse dann übergehen, die Zahlung der Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen: Das Kapital bleibt damit nur seinem ureigenen Wesen treu; denn Menschlichkeit und Gerechtigkeit gibt es nicht im Klassenstaate. Der Paragraph 9 ist also nur eine der vielen Auswirkungen des fortschreitenden Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Und diese Auswirkungen sind eben nicht zu beseitigen, wenn ihre Wurzeln — das System — erhalten bleiben. Der Kampf der KPD. gegen diesen Paragraphen ist deshalb nur geeignet, in den Massen die Illusion zu nähren, daß diese morsche Gesellschaftsordnung noch zu reparieren wäre und Revolution eigentlich überflüssig sei. Die nackten Tatsachen werden auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß ohnmächtige Bezirksparlamente irgendwelche Beschlüsse annehmen, deren Durchführung eben an den Profitinteressen der herrschenden Klasse scheitern muß. Die Arbeitslosen würden sich in einem verhängnisvollen Kreislauf bewegen, denn anstelle des Paragraphen 9 würde ein solcher Nr. 18 oder 26 treten. Es ginge ihnen dann so wie dem Drachentöter, welcher der Hydra immerfort Köpfe abschlagen mußte, weil dieselben immer wieder nachwuchsen.

Auf Grund dieser Zusammenhänge ist es für die Arbeitslosen mit ihren „radikalen" Ausschüssen unmöglich, all die schönen Forderungen durchzusetzen. Diese bekannten Waschzettel enthüllen ja immer allerhand: wie Heizungsmaterial, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Wirtschaftsbeihilfen, Unterbringung im Produktionsprozeß usw. Jetzt ist es davon merkwürdig still geworden; ob aus Erkenntnis oder um sich nicht der Lächerlichkeit preiszugeben, sei dahingestellt.

Doch halt, es ist wenigstens einigermaßen Ersatz dafür geschaffen. Da sind nämlich die Suppenanstalten der „J. A. H.". Sie sind das Paradestück der KPD. gegenüber den Erwerbslosen. Auf solch einen schlauen Gedanken sind noch nicht mal die Sozialdemokraten der 2. Internationale gekommen. Worin besteht denn nun der Wert dieser Massenspeisung? In einer Arbeitslosenversammlung in H. beklagte sich mal ein KPD.-Redner bitter darüber, daß das Bezirksamt Nummer soundso keinen Wagen zum Essentransport zur Verfügung stellen wolle; er verstehe diese Handlungsweise nicht, denn „**die Speisung durch die I. A. H. liege doch im Interesse der Kommune!**" Ergo —?! Dieser Zeitgenosse hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Es ist wirklich Jacke wie Hose, ob die amerikanischen Quäker oder die Heilsarmee, ob die Butterhandlung Ackermann oder die sogenannte Arbeiterhilfe etwas verschenkt; denn mit Klassenkampf hat das nichts zu tun. Gewiß tut Hunger weh; aber die auch Revolution schreienden Verhältnisse verlangen ein Proletariat, welches — unbekümmert um das Hungersterben Tausender — mit eiserner Entschlossenheit darangeht, sich zum Herrn seines Geschicks aufzuwerfen. Und Wohltätigkeit ist nur dazu angetan, den sozialen Druck abzuschwächen, die Klassengegensätze zu verschleiern und wirkt somit lähmend auf die Herausarbeitung proletarischen Klassenwillens. Auch die Massenspeisungen der 3. Internationale wirken trotz aller Beschönigung in dieser Richtung auf das deutsche Proletariat ein.

Gegenüber diesen reaktionären und reformistischen Strömungen unter den Erwerbslosen haben die revolutionären klassenbewußten Arbeiter die Pflicht die Grundsätze des rücksichtslosesten Klassenkampfes zu propagieren, den arbeitslosen wie den arbeitenden Proletariern ihre ureigensten Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen. Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus sich fortlaufend steigert und nur der gewaltsame Sturz der bestehenden Ordnung, die proletarische Revolution der einzige Ausweg ist. Aber die Arbeitermassen müssen ihren Befreiungskampf selbst durchführen. Wenn auch der Kommunismus die geschichtlich bedingte Auflösung des Kapitalismus ist, so fällt er nicht als reife Frucht den Massen in den Schoß. Nur wenn die Proletarier mit ihren Hirnen und Leibern die neue Welt erkämpfen, werden sie nicht in Barbarei versinken. Sie können aber ihrem wohlorganisierten Klassenfeind nicht in Atome zersplittert entgegen treten; die fortgeschrittensten unter ihnen müssen sich zusammenschließen als Kleue, um die proletarischen Kräfte zu vereinfachen.

Aus den Kämpfen und Erfahrungen der letzten fünf Jahre müssen die Lohnsklaven, ob arbeitslos oder nicht, endlich die Lehre ziehen, daß ihre gewerkschaftlichen und parlamentarischen Organisationen den Bedingungen des revolutionären Klassenkampfes nicht mehr entsprechen, sondern daß sie Bollwerke der Konterrevolution sind. Diese ihre „bewährten" Organisationen wurzeln mit ihrem ganzen Wesen noch in der vorrevolutionären Epoche, wo der Kapitalismus seinen Gipfel zuzeitte. Damals war es relativ möglich mit Hilfe des bürgerlichen Parlamentarismus und der beruflich gegliederten Gewerkschaften Verbesserungen der Lebenslage zu erringen und Verschlechterungen abzuwehren. Heute jedoch befindet sich das Kapital auf der absteigenden Linie und kann seine Herrschaft nur noch aufrecht erhalten durch immer weitere Versklavung der Arbeiterklasse. In diesem Stadium ist der Kampf gegen die Auswirkungen der Profitordnung ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Heute geht es nicht um eine parlamentarische Scheinmacht, Arbeitsgemeinschaft und Berufsinteressen, sondern um das Leben der proletarischen Klasse, um den Sturz des Profitsystems, um die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, um die Aufrichtung der eisernen revolutionären Diktatur! Und deshalb sind die in ihrem Wesen erstarrten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Gebilde keine Klassenkampforganisationen mehr, sondern Fesseln proletarischer Selbstbewußtseinsentwicklung und Stützen der herrschenden Klasse, welche zertrümmert werden müssen. Anstatt dauernd über Verrat zu schreien, müssen die Proletarier solcher Organisationen sich doch einmal fragen, was sie selbst dem eigentlich wert sind, daß sie Jahrzehnte einer Organisation sind verantwortlich für die Politik derselben; auch diejenigen, welche vor lauter Opposition gar nicht mehr geradeaus sehen können. Und wer eben All und Jedes durch seine Mitgliedschaft deckt, hat gar kein Recht „Verrat" zu brüllen. Diese Dinge gilt es zu erkennen und in Konsequenz dessen mit aller Rücksichtslosigkeit zu bekämpfen. Heute, wo die Arbeitermassen durch die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien noch geistig und organisatorisch an ihren Klassenfeind gekettet sind ist die Sprengung dieser selbstgeschmiedeten Fesseln und die Schaffung von Organisationen, welche nur dem proletarischen Klasseninteresse gehorchen, eine revolutionäre Pflicht.

Es ist hohe Zeit, daß die Lohnsklaven sich durchringen zu zielbewußter proletarischer Klassenpolitik, da der fortschreitende Zusammenbruch durch nichts mehr aufzuhalten ist. Nur ein Proletariat, welches aus den geschilderten Erkenntnissen heraus die entsprechenden Schlußfolgerungen für seinen Befreiungskampf zieht, wird trotz manchen Rückschlägen imstande sein, diesen Stempelmarkt als Daneiraisichung der kapitalistischen Unordnung zu benutzen, um dadurch die Kommunisierung als wirkliche Ordnung aufzurichten.

Ausland

England

Die Bedingungen der Arbeiterregierung zur Anerkennung Sowjetrußlands.

Die Regierung Macdonalds hat zwar formell rechtlich die russische Sowjetrepublik anerkannt. Dies ist aber noch nicht vollendet, die nicht nachfolgende Bedingungen erfüllt worden sind. England verlangt:

1. daß die Sowjetregierung die Schuldforderungen (Anleihen) der Ausländer und ihrer früheren (vorkriegszeitlichen) Eigentumsrechte voll anerkennt,
2. daß die Handelsgerichte einsetzt, die den Verträgen der Ausländer Rechtsgeltung verschaffen;
3. daß den Ausländern das Recht gewährt wird, in Rußland freien Handel zu treiben, ohne dazu angehalten zu werden, sich um die staatlichen Unternehmungen (Staatstruste und Monopole) zu kümmern.

Außerdem sollte von seiten der Sowjetregierung auf jede Propaganda kommunistischer Ideen in England Verzicht geleistet werden, was immerhin für die Anklager der 3. Internationale ein gewisses Dilemma bedeutet.

„Le Temps", eine Pariser bürgerliche Tageszeitung, bemerkt hierzu aus unterrichteten Kreisen, daß man kaum glaube, daß die Sowjetregierung die Absicht habe, diese Bedingungen zu erfüllen. Hieraus geht deutlich hervor, daß die Arbeiterregierung zurzeit nur darum in Amt und Würden ist, um die Geschäfte der internationalen Bourgeoisie und die der englischen im besonderen besser zu besorgen.

Auch die innerpolitische Tätigkeit dieses Arbeiterkabinetts" ist nur dazu angetan, allein der Unterstützung und den Interessen der englischen Bourgeoisie zu dienen. General Thomson, der Kriegsminister, soll nach der „Times" der Frage des Ausbaus der englischen Luftflotte im Hinblick auf Frankreichs gewaltige Luftmacht durchaus sympathisch gegenüberstehen. Vor 15 Jahren brauchte der britische Imperialismus eine starke Seemacht, und er erhielt sie. Jetzt braucht er eine große Luftflotte. General Thomson und Lord Chelmsford, der Marineminister im Arbeiterkabinett werden dieses wirkliche „Bomben"-Programm durchdrücken. Diese Minister fühlen sich eben einfach als Vertreter des Militarismus und Imperialismus in der „Arbeiterregierung" zum Schutze der mächtigsten Stellungen der Bourgeoisie. Eine starke Luftflotte ist für zweierlei gut; (wie die kommunistische Zeitung „Workers Weekly" Arbeiterwochenblatt schreibt) sowohl zu einem Krieg mit Frankreich, als auch zu einem Krieg mit der englischen Arbeiterklasse. Die Luftstreitkräfte sind die stärkste konterrevolutionäre Macht im Lande. Die Agenten der englischen Konterrevolution sitzen also mitten in der „königlichen" Arbeiterregierung.

Auch Keime einer faschistischen Bewegung machen sich bereits in England bemerkbar, worauf der sozialistische „Daily Herald" im August v. J. schon hinwies, daß es sich um eine illegale zentrale militärische Organisation handelte zur Zertrümmerung der Arbeiterbewegung, besonders bei Streikdrohungen usw. Diese faschistischen Kräfte boten schon beim Streik der Lokomotivführer und Heizer der Regierung ihre Unterstützung an, um die Lebensmittelversorgung zu sichern und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Da gewisse Politiker und Zeitungen erklärt haben, daß der Faschismus etwas Gutes ist, nimmt es nicht schließlich Wunder, wenn sich die kleine faschistische Partei bereits der wohlwollenden Sympathie der Bourgeoisie erfreut.

Oesterreich

Abbau des Achtstundentages

Die Wiener „Arbeiterzeitung" meldet, daß in Oesterreich die Kapitalisten, allen voran die Schwerindustrie, drauf und dran sind, das Achtstundengesetz zu beseitigen. Der siegreichen Offensive gegen die Sachgüter soll die gegen die lebendige Arbeitskraft folgen, wie das auch in Deutschland der Fall ist. So hat u. a. die Alpine Montangesellschaft in Steiermark, der dem Stinneskonzern angegliederte größte Eisenhüttenbetrieb Oesterreichs, beschlossen, den Achtstundentag für ihre Arbeiter aufzuheben. Die Methode, nach der dabei verfahren wird, ist ungefähr dieselbe wie in Deutschland. Zunächst werden einige Werke in der Steiermark wegen Unrentabilität stillgelegt und die Arbeiterschaft auf Hungerrationen gesetzt. Bei anderen Werken wird die Produktion eingeschränkt und Kurzarbeit eingeführt. Die Alpine Montangesellschaft erklärt einfach, sie ist in Not und könne bei achtstündiger Arbeitszeit den Wettbewerb mit dem Auslande nicht aushalten, trotzdem sie inzwischen Kartellverträge mit ausländischen Werken, so z. B. den Tschechischen Eisenwerken, abgeschlossen hat, um die Absatzgebiete abzugrenzen.

Nach der Durchlöcherung des Achtstundentages in Deutschland will das Kapital nun überall sein Heil mit eben solchen Maßnahmen gegen das Proletariat versuchen.

Nordamerika

Die ökonomische Krise

Auch in den Vereinigten Staaten beginnt sich die Weltwirtschaftskrise bemerkbar zu machen. So wird folgendes gemeldet:

In New Bedfort, Staat Massachuseto, ist eine Anzahl Textilfabriken stillgelegt, verkürzte Arbeitszeit einzuführen, während ein Teil der Fabriken bereits geschlossen wurde. Die Krise, unter der die Textilarbeiter Neu-Englands schon mehr als 3 Monate leiden, hat sich auf das Schuh-Industrie-Zentrum von Brockton ausgedehnt. Die größten Fabriken dieses Zentrums sind geschlossen worden, andere haben die Arbeitszeit auf 5 halbe Tage wöchentlich eingeschränkt, so daß in Brockton und Umgebung gegenwärtig 2 bis 3 kleine Fabriken voll arbeiten lassen.

In der Filminduistrie hat ebenfalls eine große Zahl von Fabriken seit 10 Wochen mit der Arbeit aufhören lassen. Infolgedessen sind 10 000 Erwerbslose hierdurch entstanden. In Rochester ist es genauso wie in der Kleider industrie fast ebensoviel Erwerbslose wie bei der Krise des Jahres 1920. Ebenso wurden Produktionseinschränkungen in der Petroleumindustie und im Bergbau (Texas) vorgenommen. Dasselbe ist der Fall in den Bergwerks-Kohlenbezirken der Staaten Illinois und Indiana, wo die Produktion teilweise bis zu 40 Prozent der Cesammenge eingeschränkt worden ist und höchstens noch 1—2 Schichten wöchentlich verfahren werden dürfen. Andererseits ist die Beschäftigung in den Kohlenbergwerken von Westvirginia und Kentucky sehr gut, weil es den Bergwerkunternehmern dieser Gebiete gelungen ist, die Löhne der morganisierten Bergarbeiter um 20—25 Prozent herabzusetzen. Infolgedessen können diese Unternehmen ihre Kohlen zu bedeutend billigeren Preisen auf den Markt werfen wie die Grubenbesitzer von Illinois und Indiana. In den letztgenannten Staaten sind die Bergarbeiter gut organisiert und verlangen dementsprechende tarifmäßige Entlohnung. — Auch im Transportgewerbe wird ein langsamer Abbau vorgenommen.

Ein New Yorker Korrespondent berichtet im Organ des englischen Seemanns- und Heizerverbandes, daß eine gange Anzahl Arbeiter, die im Frühling nach Nordamerika ausgewandert sind, infolge der jetzt dort herrschenden schlechten wirtschaftlichen Lage nach ihrem Heimathande zurückgehen wolien.

Im übrigen macht sich der Mangel an Absatzgebieten für Weizen in katastrophaler Weise bei den amerikanischen Farmern bemerkbar. Diese Farmer müssen ihre Ware zum Teil unter dem Selbstkostenpreis verschleudern. Patriotische Bürger haben kürzlich vorgeschlagen, daß jeder gute Patriot ihnen doch dann wenigstens eine Butterstulle mehr essen sollen. Glückliches Amerika!

Achtung! Pressekommission!

Achtung! An die Mitglieder der Pressekommission!

Die Sitzung der Pressekommission findet bis auf weiteres nicht mehr in dem bisherigen Lokal statt. Einladungen zur nächsten Sitzung erfolgen schriftlich.

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch, Sammelt für den Pressefond.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 16, Jahrgang 5 | Februar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Deutschland — eine Kolonie!

In der Quasselbude, dem Haus des Volkes, dem Reichstag der „demokratischen" Republik versammeln sich alle Großen und Kleinbürger, um nach ihrer Meinung hohe Politik zu machen. Um die Auflösung und den Ausnahmezustand soll es gehen.

Während der Demokrat Seeckt und der Sozialdemokrat Ebert durch ihren Briefwechsel dem großen Lümmel Volk Sand in die Augen zu streuen versuchten mit der Lockspeise: Aufhebung des Belagerungszustandes, ist längst die Entscheidung gefallen. Die Entscheidung darüber, daß wohl dem Schein nach die Militärdiktatur, da, wo die Ausbeuterruhe und Ordnung herrscht, der Zivilgewalt übertragen werden soll; doch, wo man noch nicht sicher ist, das die verhungernden Proleten sich ohne viel Aufhebens in ihr Schicksal fügen, um zur höheren Ehre ihrer Republik stillschweigend zu verrecken, wird man auch wie vor die sich so bewährten „Ordnungshüter" an der Stelle lassen, wo sie von dem Sozialdemokraten Ebert hingestellt worden sind.

Während in dem Hypodrom am Königsplatz die Mäuler schäumen, um ihren getreuen Stimmvieh zu beweisen, daß alles viel anders, viel besser sein würde, wenn man zahlreicher in dem „hohen" Haus vertreten wäre oder vielleicht die Mehrheit hätte, geht die geschichtliche Entwicklung der Zerreißung der deutschen Republik ihren ehernen Gang unbeschadet des Klaffens der gesamten demokratischen und monarchistischen Meute.

Die Sachverständigenkommission, die recht lange auf ihren versprochenen Bericht warten läßt, hat jetzt die Vorarbeiten für denselben soweit fertiggestellt, daß der „New Yorker Herald" schon glaubt folgendes veröffentlichen zu können: „Die Arbeit der Sachverständigen tritt nunmehr in ein kritisches Stadium, da die Schlußredaktion des Berichts vorzunehmen sei. Die Beschlüsse sollen folgendermaßen lauten:

1. Die Sachverständigen wollen einen vollkommenen Plan der Reorganisierung Deutschlands vorlegen, der entweder vollständig angenommen oder abgelehnt werden muß. Mit anderen Worten, der Bericht werde hinfällig, falls die Reparationskommission sich von politischen Erwägungen leiten lasse, da es unmöglich sei, daß sie einzelne Anregungen ablehne oder annähme.

2. Da der Reparationsplan der Sachverständigen nur auf völlig praktische Grundsätze aufgebaut sei, müsse sich Frankreich darüber klar werden, ob es auf die Ausübung eines politischen Druckes, wie die Abtrennung des Ruhrgebietes usw., verzichten wolle oder nicht.

3. Obwohl der Plan der Sachverständigen von Deutschland Opfer verlange, insbesondere erhöhte Steuern, und „in gewissem Sinne" eine internationale Finanzkontrolle über Deutschland einsetze, müsse sich auch Deutschland darüber klar werden, ob es den Plan der Sachverständigen annehmen wolle oder nicht.

Die Sachverständigen hätten zunächst ein deutsches Budget für drei Jahre aufgestellt und schlügen neue Steuern vor, wenngleich sie andere Steuern in Deutschland zu hoch erklärten. Einen finanziellen Diktator, wie ihn Oesterreich habe und wie ihn Ungarn erhalten würde, lehnten sie für Deutschland ab."

Wie groß auch die Empörung aller echten „Teutschen" sein möge, ändern wird es an dem Lauf der Dinge nichts. Mit unerbittlicher Konsequenz wird die Reparationskommission auf die Zahlungen bestehen müssen und Frankreich wird bei seinen finanziellen Zusammenbruch mit immer größerem Druck auf die Eintreibung alles dessen drängen, was ihm die demokratische Republik verweigerte.

Die internationale Finanzkontrolle wird aus der Republik eine Kolonie machen und das ganze deutsche Proletariat, soweit es im Produktionsapparat noch gebraucht wird, darf die Rolle des chinesischen Kulis für den Sklavenhalter, die deutsche Bourgeoisie, übernehmen. Die Steuern und Abgaben, die zur Sanierung des Haushalts notwendig sind, werden sich verdoppeln und verdreifachen und aus dem abgemergelten Körper des so geduldigen Michels herausgeschunden werden.

Das Hungersterben, die Schwindsucht werden ungeahnte Opfer fordern und alle die von diesem Elend leben und durch diesem Vernichtungskrieg ihr von Gott gewolltes Parasitenasein führen, werden sich such, Proletarier, wieder nähern und mit der Miene des Arztes erklären, **ruhig bleiben und stillhalten,** sonst wird es noch schlimmer.

Die ganze Meute wird sich um eure Gunst bemühen und versuchen mit schönen Reden und netten Worten eure Sinne zu benebeln, daß ihr ihnen wieder Glauben schenken sollt. Völkerbund und Völkerversöhnung sollen **für euch, Proletarier,** das erstrebenswerte Ziel sein. Da man an euren Glauben schon keinen großen Zweifel mehr hegt, so läßt man wohl auch außen der Welt wissen, daß man für die Abrüstung ist, doch da es der böse Nachbar nicht ist, kann man doch auch nicht so, also rüstet man. So rüstet die ganze kapitalistische Welt. So rüstet man, um die sicher kommenden Sklavenaufstände mit allen modernen Kampfmitteln im Blute ersticken zu können. So rüstet man, um dann, wenn keine Möglichkeit des friedlichen Warenaustausochs mehr gegeben ist und die Konkurrenz der Nachbarnation für den Profit der einheimischen Bourgeoisie eine ständig wachsende Gefahr darstellt, den Kampf von neuem um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt aufnehmen zu können.

Möglich wird dies nur sein, Proletarier, wenn ihr nach wie vor beharrlich eure Augen schließt vor den nackten Tatsachen und sie nicht sehen wollt. Wenn ihr euch stets durch Aeußerlichkeiten abhalten läßt den Kern der Sache, eurer eigenen Sache, die Befreiung vom kapitalistischen Joch, zu erkennen.

In dem bayerischen Saustall führt man euch jetzt die Komödie vor, in der die Schweißhunde des Kapitals verurteilt werden sollen. Nur, weil sie sich zu weit vorgewagt haben, wird jetzt dieses Possentheater aufgeführt und ehrenwerte bürgerliche Festungshaft wird bestätigen, daß man sich ihrer gern bedienen wird, wenn es wieder brenzlich werden sollte. Vorläufig glaubt das Kapital noch seinen Weg der Vernichtung von Millionen ohne diese Meute vermitteln der demokratischen Staatsmaschinerie, gehen zu können. Auch haben in die Sondergerichte den Beweis erbracht, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Einer Aufgabe, die darin bestand, jedem Proletarier, der nicht freiwillig verrecken will und sich etwas besorgte, auf Jahre hinaus in das Haus zu bringen, wo er „geheilt" an Leib und Seele, dermaßenst wieder entlassen wird, falls ihn nicht vorher die Kräfte verlassen haben und er „kreiert" ist. Dieses, Proletarier, ist der Weg, den das Kapital euch zwingen muß, zu gehen, um selbst mit seiner Profitordnung leben zu können.

Dieses, Proletarier, ist aber auch der Weg, den die Gewerkschaften und Parlamentarier aller Schattierungen euch vorschreiben, zu gehen. Nur tun es letztere nicht so offen, damit ihr es nicht merkt. Die Gewerkschaften als Besitzer des Monopols über den Handel mit der Ware Arbeitskraft müssen und wollen ja auch — und tun es ja auch täglich — den Weg des kapitalistischen Wiederaufbauf gehen.

Die Parlamentarier aller Richtungen sind auf die Verfassung eingestellt und haben sich trotz aller radikalen Beteuerungen alle an dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes beteiligt. Längst dem Proletariat entwachsen, stellen sie klassenfremde — klassenfeindliche Elemente dar und werden euch in dem immer riesiger sich auswachsenden Zuchthausstaat ihre Position versuchen zu halten.

Alle werden sie in der großen Kolonie die Aufgabe erfüllen, die ihnen von dem Kapital gestellt wird, die Aufgabe, die darin besteht, jeder für seine Schichtung innerhalb der Bevölkerung der ausgleichende Faktor zu sein, damit nicht die Empörung zur Erkenntnis führt und diese sich in Tatsolidarität formt und dem ganzen gewerkschaftlichen und parlamentarischen Budenzauber den Garaus macht. Die Tatsolidarität, außend auf den Betrieben, kann und wird dann auch nicht halt machen vor der Kolonie, deutsche Republik genannt, sondern muß und wird mit dem Feldgeschrei der proletarischen Revolution Rätedeutschland errichten und dadurch den Anstoß und Auftakt zum wahren internationalen Klassenkampf gegeben haben.

Dieses, deutsches Proletariat, ist deine eigene ureigenste Angelegenheit und einzigste Lebensmöglichkeit.

Dieses muß du, deutsches Proletariat, erkennen, soll nicht dein Folgtuhwer ein unendlich qualvolles sein. Besinne euch, Proletarier, auf eure ungeheure Mehrzahl und der aus ihr quellenden Kraft, erkennt die Zeichen der Zeit und zertrümmert alle alten Gebilde und schafft euch neue Kampfesformen, um siegen zu können.

Ehern und klar klingt der Ruf der Geschichte:

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!

Alle Macht den Räten!

Die nahende Ernährungskatastrophe

Die Preisbewegung für die Lebenshaltung hat die tiefste Kurve überschritten. Die Inflation hat eingesetzt und kürzt die Löhne von Woche zu Woche. In der Woche vom 4. bis 11. Februar fielen die Kleinhandelspreise (nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes) noch um 1 Prozent, während die Großhandelspreise schon um reichlich 1,5 Prozent stiegen. In der folgenden Woche — vom 12. bis 19. Februar stiegen notwendig auch schon die Kleinhandelspreise. Die Steigerung betrug 1 Prozent für den Lebenshaltungsdurchschnitt. Die Preise für den direkten Lebensunterhalt des Proletariers stiegen bedeutend mehr. Am 11. Februar kosteten z. B. im Berliner Kleinhandel Kartoffeln und Gemüse 3,8, Fleisch 5,9, Milch und Eier 7, Heiz- und Leuchtmittel 5,5 Proz. mehr als am 4. Februar.

Für die direkten Lebensmittel macht die Preissteigerung (immer nach den sehr anfechtbaren Berechnungen des Statistischen Reichsamtes) 3 Prozent aus. Für Inlandswaren — im Durchschnitt für Lebensbedürfnisse — an sich beträgt die Preissteigerung 2 Prozent, für Einfuhrwaren 1 Prozent. Für industriestoffe, Kohle, Eisen blieben noch fast unverändert. Die Preisaufwärtsbewegung nur in dem jetzigen mäßigen Tempo und die jetzt von Monat zu Monat steigenden Mietpreise bedeuten für die einen laufenden Lohnabbau. Die sinkenden Löhne und steigenden Preise müssen notwendig die industriellen Grundstoffe im Preise nach sich ziehen und die Inflationskatastrophe im Gefolge haben oder die direkte Ernährungskatastrophe mit einem Massensterben.

Die Ernährungsmöglichkeiten aus der Inlandsproduktion sind in den letzten Jahren gesunken. Die Anbaufläche ist verkleinert, die landwirtschaftliche Produktion ist nicht mehr so intensiv wie in den letzten Jahren der Vorkriegszeit. Ihre Kartoffelanbau — des wichtigsten Lebensmittels für Proletarier — ging trotz der vermehrten Bevölkerungszahl rapid zurück. Die Zusammenstellung für jetzt zu Deutschland gehörende Fläche zeigt folgendes Bild:

Produktion im Reiche	1913	1922	1923
Deutschland	440 178 582	406 653 600	325 799 300
Einfuhr	3 620 586	1 676 019	1 740 222
Ausfuhr	3 312 987	671 642	202 092

Das macht einen Minderverbrauch von 35 Millionen Doppelzentner oder 23 Prozent. Die katastrophale Unterernährung kann man erst recht ermessen, wenn man in Betracht zieht, daß die Proletarier sich infolge der verminderten Löhne in größerem Ausmaße aus den teueren Lebensmitteln in die Kartoffel zurückgezogen haben. Hunderttausende Erwerbslose leben fast nur von Kartoffeln. Für den Fleischkonsum sind die umfassenden statistischen Material nicht vor. Immerhin Anhaltspunkte. Im Januar 1924 kamen auf die 36 bedeutendsten Schlachtviehmärkte an lebenden Rindvieh:

	Januar 1924	Januar 1923
Rinder	95 212	125 282
Kälber	78 765	73 479
Schafe	60 203	89 177
Schweine	259 123	196 606

Diese, die größten Märkte, beliefern in entscheidendem Maße das ganze Reichsgebiet, da die kleinen bedeutend verloren haben. Der Auftrieb war im Januar viel stärker als normal. Die Landwirtschaft hätte in der Inflationsperiode wenig verkauft und bestimmt zur Steuerzahlung und für die kommende Landbestellung. Trotzdem ist der Umsatz gegen 1923 noch bedeutend gesunken. Der vergrößerte Schweineauftrieb macht nur einen Teil des Ausfalles der Rinder wett. Man rmit auf ein Rind im Durchschnitt 450 Kilo rechnen, auf ein Schwein dagegen werden nicht mehr kommen als 75 Kilo, da der Zwang zum Verkauf weniger fette Schweine auf den Markt trieb. Eine Beobachtung der Fleischgeschäfte bringt auch dem Laien dafür den Beweis. Für diese 36 Märkte beträgt der Mindermumsatz gegen das Vorjah